

II. Alternativen für das Ruhrgebiet

Vorbemerkung

Die regionalpolitische Umsetzung der ›Alternativen der Wirtschaftspolitik‹ erfolgt in diesem Abschnitt am Beispiel des Ruhrgebiets, einer Region, die besonders geeignet ist, die Dringlichkeit und die Möglichkeiten eines ›alternativen Entwicklungstyps‹ nachzuweisen. Dabei liegt es auf der Hand, daß sowohl die Krisenerklärung als auch die -therapie für das Ruhrgebiet in die allgemeinen Erklärungsansätze und Strategievorschläge des Memorandum eingebettet sind. Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung und Demokratisierung der Wirtschaft, die Eckpunkte alternativer Wirtschaftspolitik (Kap. 4.1 der Langfassung des Teil A), sollen für das Ruhrgebiet konkretisiert werden. Hierzu bedarf es einer knappen Charakteristik der Spezifika der Wirtschaftsstruktur, der Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Region ebenso wie einer Krisenursachenanalyse, die die besonders großen Probleme des Ruhrgebiets (Massenarbeitslosigkeit, Armut, Umweltzerstörung) nicht isoliert von dem nationalen und internationalen Krisenmechanismus und ökonomisch-politischen Herrschafts- und Machtverhältnissen behandelt.

In Teil I und II werden die wirtschaftsstrukturelle Entwicklung, die Arbeitsmarktentwicklung sowie einige Aspekte der Arbeitsbedingungen knapp deskriptiv behandelt. Teil III versucht, die gegensätzlichen Erklärungs- und Strategieansätze der Ruhrgebietskrise zu skizzieren, die auf der Grundlage widerstreitender Interessen die Basis für die oft diametral entgegengesetzten regionalpolitischen Konzepte der gesellschaftlichen Hauptgruppen darstellen, während auf der Ebene der Beschreibung (Teil I und II) oftmals Übereinstimmung besteht. Teil IV konkretisiert schließlich den ›alternativen Entwicklungstyp‹ für das Ruhrgebiet. Dabei werden nicht alle Felder qualitativen Wachstums behandelt. Diese Lücken (z. B. die Wohnungs- und Städtebaupolitik) müssen später geschlossen werden.

Teil I. Wirtschaftsstrukturelle Entwicklung des Ruhrgebiets

Die Diskussion um Strukturkrise und Strukturwandel des Ruhrgebiets verstellt nur allzuhäufig den Blick für einige Grundtatsachen der wirtschaftsstrukturellen Entwicklung.

Noch immer handelt es sich bei dieser Region um *das* Zentrum montanindustrieller und energieintensiver Produktion in der Bundesrepublik. Noch 1980 lag der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe des Kommunalverbandes Ruhr (KVR) mit 51,7% um 6,4 Prozentpunkte über dem nationalen Durchschnitt. Im gleichen Jahr nahmen Kohle und Stahl mit zusammen 38,9% bei den tätigen Personen und 31,9% beim realen Gesamtumsatz die Spitzenstellung unter den 10 umsatzstärksten Branchen der Region ein (vgl. KVR, 1982, S. 43). Mit rund 55 t Steinkohleeinheiten pro Beschäftigtem lag der Energieverbrauch in der Industrie des Ruhrgebiets um ca. 38 t oder 124% über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Eckey, 1983, S. 82).

Der hohe Spezialisierungsgrad der regionalen Wirtschaftsstruktur schlägt sich besonders in zwei Effekten nieder.

Einerseits ist eine starke Einbindung in die interregionale Arbeitsteilung festzustellen, die ökonomische Funktion des Ruhrgebiets richtet sich vor allem auf Energieerzeugung, Vormaterialerzeugung und Großanlagenbau (vgl. Köppel, 1983, S. 91) für nationalen und internationalen Bedarf.

Andererseits hat die über die Montanindustrie hinausreichende Verflechtung großer Teile der Wirtschaft zum »Montankomplex« einen bedeutenden Einfluß auf die verschiedenen Seiten der regionalen Ökonomie.

Nach Berechnungen des RWI waren 1976 36,7% aller Arbeitsplätze im Ruhrgebiet unmittelbar oder mittelbar von der Montanindustrie abhängig (vgl. Brune/Hennies-Rautenberg/Löbbecke, 1978, S. 72). Eine aktualisierte Input-Output-Rechnung des Instituts für 1980 ergibt, daß allein die Eisenschaffende Industrie 72% ihrer gesamten Vorleistungen oder 40% ihres Bruttoproduktionswertes aus der Region bezieht (vgl. Gabriel, 1984, S. 13).

Daraus ergibt sich stofflich, insbesondere in der Investitionsgüterindustrie, eine deutliche »Montanorientierung« der Produkte, die sich in einzelnen Fällen (Hütten- und Walzwerksanlagen) als Spezialisierungsvorteil niederschlägt. So wurde in diesem Zusammenhang in einer Studie für das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium

festgestellt, daß der 50%ige Anteil wachstumsschwacher Maschinenbauprodukte in NRW seit 1960 unverändert geblieben sei (vgl. Schäfer, 1983, S. 36).

Damit ist auch bereits angedeutet, daß Strukturanalysen nach dem groben Maßstab ›Wachstums-/Schrumpfungsbranchen‹ enge Grenzen gezogen sind, da in ihnen der regionalspezifische Umriss der Produktpalette nicht zum Tragen kommt.

An dieser Stelle ist zunächst eine grundsätzliche Bemerkung angebracht. Wenn in den folgenden Abschnitten Daten und Entwicklungslinien für das Ruhrgebiet angeführt werden, so kann es sich immer nur um Indikatoren handeln, die nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß es sich bei der Gesamtregion keinesfalls um einen homogenen Raum handelt. Es ist geradezu typisch, daß die innerregionale Entwicklung äußerst differenziert verläuft und daß in den Teilgebieten verschiedene Problemlagen dominieren. Hier ist besonders die eklatante Unterversorgung des Nordens (der Emscher- und Lippezone) mit Dienstleistungen zu erwähnen. Insofern lassen sich in einzelnen Kommunen und Kreisen zu den Haupttendenzen immer auch Gegenbeispiele finden, deren Untersuchung aber in dem hier abgesteckten Rahmen zurückgestellt werden mußte.

Der regionale Wachstumsprozeß bleibt, auch im negativen Sinn, im Sog der Montanindustrien. Hierbei sind zwei Etappen zu unterscheiden, wie aus Tabelle 1 hervorgeht.

So traf der Arbeitsplatzabbau und der Produktivitätsschub im Bergbau (›Kohlekrise‹) in den 60er Jahren (minus 250 000 Arbeitsplätze von 1960–1975) vor dem Hintergrund des gesamtwirtschaftlichen Wachstums durch die Entstehung von Ersatzarbeitsplätzen im Dienstleistungssektor und ein gewisses industrielles Neuansiedlungspotential noch auf vergleichsweise günstige Kompensationschancen.

Diese erste Etappe stärkt zunächst die relative Bedeutung von Eisen- und Stahlindustrie (vgl. den wachsenden Anteil der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie an den Industriebeschäftigten von 1960 (26,3%) auf 1975 (35,1%), Tabelle 1). Andererseits ließ deren sektorale Krise sie spätestens seit Mitte der 70er Jahre zum Hauptfaktor für den industriellen Arbeitsplatzabbau und die regionalwirtschaftliche Schwäche werden. Durch den hohen Verflechtungsgrad mit der Investitionsgüterindustrie lagen auch deren Wachstumsraten im Bundesvergleich relativ niedrig (vgl. Köppel, 1984, S. 60), obwohl ihr Anteil an der Industrieproduktion des Ruhrgebiets von 20,7% (1960) auf 35,2% (1982) anstieg. Angesichts der veränderten gesamtwirtschaftlichen Lage kann im Gegensatz zu den vorangehenden Jahren von

einem Ausgleich des wirtschaftlichen Substanzverlustes nicht die Rede sein, so daß es sinnvoll erscheint, ab 1975 von einer zweiten Etappe des regionalen Krisenprozesses zu sprechen.

Die euphorischen Prophezeiungen eines Wandels zur ›Dienstleistungsgesellschaft‹, die sich im Ruhrgebiet auf den weiterhin steigenden Anteil des Tertiärbereiches stützten, erwiesen sich als Blütenträume. Neben den ›relativen‹ Gewinnen durch den industriellen Arbeitsplatzabbau wurde und wird hier zum einen ein historischer ›Nachholbedarf‹ der Region deutlich, zum anderen bleiben die angesprochenen Dienstleistungen selbst von Rationalisierungen nicht verschont und weitgehend abhängig vom industriellen Produktions- und Reproduktionsprozeß der Region, behalten also den Charakter einer ›Restgröße‹.

Für den Gesamtprozeß aber ist die weitere absolute Schrumpfung des Produktionskörpers und eine innerregionale Konzentration bestimmend, so daß mit Recht von der ›reduzierten Kontinuität‹ (Niethammer, 1984, S. 241) der alten Schlüsselindustrien gesprochen werden kann, deren technisches Niveau aufgrund einer intensiven Rationalisierungs- und Modernisierungsphase allerdings nicht als ›veraltet‹, sondern als *international mit führend gelten muß* (vgl. dazu auch U. Bochum, 1985).

Zwischen 1961 und 1980 hatten unter den 15 größten Städten der Bundesrepublik Essen (50 %) und Dortmund (38 %) die größten Verluste bei den Industriebeschäftigten, während Duisburg mit 7 % den vierzehnten Rang belegte (vgl. Pohl, 1982, S. 147).

Für die nähere Zukunft ist auch an der Ruhr neben der weiteren Ausdifferenzierung und Spezialisierung des innerregionalen Standortsystems der Stahlindustrie vor allem mit einem erneuten Zechensterben als Folge der herrschenden Energiepolitik (vgl. Kap. IV, 3.2) zu rechnen, das die bereits vorhandene Krisenentwicklung weiter zuspitzen wird.

Der sozialen Erosion des Ruhrgebiets kann hier nicht im einzelnen nachgegangen werden, auch sie vollzieht sich innerregional differenzierter, als es die Gesamtindikatoren ausdrücken können.

Obwohl allein die drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit Anlaß genug wäre, einen alternativen Weg der Regionalpolitik einzuschlagen, sei auf eine Besonderheit hingewiesen. Das Ruhrgebiet gilt allgemein immer noch als Hochlohnregion, was von nicht wenigen Ökonomen und Politikern als ein wesentliches Entwicklungshemmnis angesehen wird.

Tab. 1
Wichtige Kennziffern der Ruhrgebietsentwicklung 1960–1983

	1960	1965	1970	1975	1980	1982	1983
Wohnbevölkerung ¹	5619311 (6. 6. 1961)		5599530 (27. 5. 1970)	5637040 (31. 12. 1980)	5396144 (31. 12. 1982)	5334565	
- Wanderungssaldo	+ 1000	- 22600	+ 15352	- 18438	+ 5752	- 27246	
- Sterbefallüberschuß	- 33100	- 29100	+ 1517	+ 20766	+ 14812	+ 14611	
Erwerbsquote ² (in Klammern BRD)				39,3 (1976)	40,1	41,3	
- männlich				56,4 (76) (56,9)	56,9 (58,4)	57,7 (59,1)	
- weiblich				23,8 (76) (31,1)	24,9 (32,6)	26,5 (33,9)	
Erwerbstätigenquote ³ (in Klammern BRD)				37,6 (76) (41,8)	38,5 (43,7)	38,4 (43,4)	
- männlich				54,2 (76) (55,1)	55,1 (57,1)	54,3 (56,3)	
- weiblich				22,5 (76) (29,7)	23,5 (31,4)	24,0 (31,7)	
Arbeitslose (Sept.) ⁴			12 500*	96 336	104 232	200 942	254 844
Arbeitslosenquote (Sept.) ⁴			0,6	5,0	5,7	11,8 (Dez.)	13,8 (Dez.)
Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen ⁵							
- absolut in 1000	2385,0 (1961)	2372,0	2200,6	2057,5 (1976)	2062,0	2034,8	
in Prozent (in Klammern)							
- Land- und Forstwirtschaft	57,2 (2,4%)	59,3 (2,5%)	33,8 (1,5%)	24,0 (1,2%)	28,0 (1,4%)	27,3 (1,3%)	
- Produzierendes Gewerbe	1462,0 (61,3%)	1387,6 (58,5%)	1285,7 (58,4%)	1098,4 (53,4%)	1065,0 (51,7%)	1013,9 (49,8%)	
- Handel, Verkehr usw.	477,0 (20,2%)	445,9 (18,8%)	410,6 (18,7%)	383,2 (18,6%)	399,0 (19,4%)	384,7 (18,9%)	
- Sonstige Wirtschaftsbereiche	384,0 (16,1%)	479,1 (20,2%)	470,5 (21,4%)	551,9 (26,8%)	569,0 (27,6%)	608,9 (29,9%)	

<i>Industriebeschäftigte⁵</i>							
- absolut in 1000	1098,1 (1958)		862,3	787,5	721,1	679,8	
in Prozent (in Klammern)							
- Bergbau	468,4 (42,7%)		191,4 (22,2%)	159,7 (20,3%)	140,5 (19,5%)	139,9 (20,6%)	
- Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	288,9 (26,3%)		285,1 (33,1%)	276,8 (35,1%)	244,0 (33,8%)	222,9 (32,8%)	
- Investitionsgüterindustrie	227,0 (20,7%)		270,5 (31,4%)	257,2 (32,7%)	251,4 (34,9%)	239,6 (35,2%)	
- Verbrauchsgüterindustrie			81,2 (9,4%)	63,2 (3,9%)	55,5 (4,1%)	49,4 (4,1%)	
- Nahrungs- und Genussmittelindustrie			34,1 (4,0%)	30,6 (3,9%)	29,7 (4,1%)	28,0 (4,1%)	
<i>Eisen- und Stahlindustrie⁶</i>							
- tätige Personen	186 426	183 401	170 487	157 876	139 966*	127 627	117 518
- Rohstahlproduktion in Mio. t	23,6	24,6	28,5	24,4	25,2	20,1	19,9
- Produktivitätsindex ⁷ 1970 = 100	68	75	100	108*	132*	122	135
<i>Bergbau⁸</i>							
- Beschäftigte	408 000	316 100	198 900	161 113	141 808	141 308	137 211
- Kohleförderung (Mio. t)	115,4	110,9	91,1	75,8	69,1	70,2	64,6
- Produktivitätsindex ⁹ 1970 = 100	50	67	100	107	116	122	123
<i>BIP/Einwohner¹⁰</i>							
- in DM	6230 (1961)	7840	11 316	17 877	22 861	23 775 (1981)	
- in % des Wertes von NRW	99,5%	96,8%	98,4%	105,3%	99,9%	99,8%	

* geschätzt

Quellen: Herrmann/Martiny, 1983, S. 32; Jablonsky/Offermann, 1975, S. 29; KVR, 1983b, S. 79; Lauffs/Zühlke, 1976, S. 20/24/27/30; Städte- und Kreisstatistik Ruhrgebiet, lfd. Jg.; Statistisches Jahrbuch der Nordrheinwestfälischen IHKs, lfd. Jg.; Statistisches Bundesamt, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1983, Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die BRD, lfd. Jg.; LDS, Statistische Berichte, Bevölkerung und Erwerbsleben in NW. Ergebnisse des Mikrozensus, lfd. Jg.; eigene Zusammenstellung; eigene Berechnung.

¹ Gebiet des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk (SVR), ab 1980 Kommunalverband Ruhr (KVR) – Daten in der ersten Reihe: Statistische Rundschau Ruhrgebiet, lfd. Jg.

² Ruhrgebiet in Abgrenzung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS); Erwerbspersonen auf 100 der Wohnbevölkerung.

³ Erwerbstätige auf 100 der Wohnbevölkerung, im Gegensatz zur Erwerbsquote sind hier die Erwerbslosen nicht miteinbezogen.

⁴ Gebiet des SVR/KVR entsprechend der Arbeitsamtsbezirke.

⁵ Gebiet wie ¹.

⁶ Gebiet der IHK-Bezirke Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund, Hagen, damit entfällt ein Teil des nördl. Ruhrgebiets.

⁷ Rohstahlproduktion pro Arbeiterstunde.

⁸ Ruhrrevier in Abgrenzung der Statistik der Kohlewirtschaft.

⁹ Kohleförderung pro Arbeiterstunde.

¹⁰ Bis 1961 SVR, ab 1970 Gebiet der IHKs des Ruhrgebiets.

Der darin liegende Zynismus wird erst anhand der Einkommensentwicklung je Einwohner deutlich, die einen ersten Eindruck von der relativen Verarmung der regionalen Bevölkerung vermittelt. So lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Ruhrgebiet 1976 um 3 % unter dem Bundesdurchschnitt, 1980 betrug dieser Abstand bereits 6 %.

Tabelle 1 liefert einen umfassenden Überblick über den gewaltigen Strukturwandel des regionalen Wirtschaftskörpers. Besonders ins Gewicht fällt der drastische Rückgang der Industriebeschäftigten (einschließlich Bergbau) um ca. 420 000 von 1958–1982 sowie der Rückgang der Erwerbstätigen im Handel und Verkehr um ca. 100 000. Obwohl das schnelle Anwachsen des Anteils der im tertiären Sektor (Handel, Verkehr, sonstige Wirtschaftsbereiche) tätigen Erwerbstätigen von 36,1 % im Jahre 1960 auf 48,8 % im Jahre 1982 zu einem erheblichen Teil auf der absoluten Verringerung der industriellen Arbeitsplätze beruht, bleibt das Ruhrgebiet auch in den 80er Jahren das größte industrielle Zentrum der Bundesrepublik, ohne vom allgemeinen Trend des Bedeutungszuwachses des tertiären Sektors abgekoppelt zu sein.

Teil II. Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen

1. Arbeitsmarkt

Dieser Abschnitt soll zur Bestimmung des Defizits an Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet (RG) beitragen. Die Arbeitslosigkeit im RG betrug im Nov. 84 14,1 % und lag damit um 34 % über dem Landesdurchschnitt und 60% über dem Bundesdurchschnitt.

Hinter diesen Quoten verbergen sich insgesamt 251 429 betroffene Arbeitnehmer. Doch auch diese Zahl gibt selbst die quantitative Betroffenheit im RG nur unzureichend wieder. Die Zahl der fehlenden Dauerarbeitsplätze liegt wesentlich höher.

Der Schätzung über verdeckte Arbeitslosigkeit liegen i.d.R. Werte von 1/2 bis 2/3 der registrierten Arbeitslosen zugrunde. Im RG muß leider der höhere Wert angenommen werden, da neben den »normalen« Faktoren der Stillen Reserve (kein Leistungsanspruch, Resignation, Warteschleifen u. a. m.) als im RG besonders verschärfend die Situation der Frauen zu werten ist:

– Die hohe Frauenarbeitslosigkeit läßt den fehlenden Leistungsanspruch, der bei verheirateten Frauen sehr häufig eintritt, überproportional zur Geltung kommen.

– Allein um die Frauenerwerbsquote der BRD zu erreichen, müßten ca. 190 000 Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden. Im Vergleich zu anderen Ballungszentren (z. B. Hamburg) fehlen sogar ca. 350 000 Arbeitsplätze für Frauen.

Tab. 2

Arbeitslosenquoten nach Arbeitsamtsbezirken im RG November 1984

	Arbeitslosenquote
Bochum	14,6
Dortmund	16,2
Duisburg	15,9
Essen	13,9
Gelsenkirchen	14,4
Hagen	12,5
Hamm	12,7
Oberhausen	12,5
Recklinghausen	13,7

Quelle: Amtl. Nachr. der Bundesanstalt für Arbeit 1.85.

Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren vor allem qualifizierte Facharbeiter in Folge von Abfindungsaktionen ihre Arbeitsplatznachfrage im RG regional kompensiert und das Ruhrgebiet verlassen haben.

Oftmals wird der Sozialplaneffekt gerade im RG als künstliche Überhöhung der ausgewiesenen Arbeitslosenquote genannt, denn ca. 45 % aller »Sozialplan-Arbeitslosen« der Bundesrepublik sind in NRW – und dort der Großteil im RG – registriert. Doch solange die Betroffenen nicht durch entsprechende sozialpolitische Maßnahmen auch real ihre wohlverdiente Rente erhalten, muß man ihre Arbeitslosigkeit auch als solche werten, zumal die Unternehmen oder der Arbeitsmarkt auch nicht in der Lage sind, ihnen bei ihrer gegenwärtigen Personalpolitik statt eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben ein Ausklingen auf einem »leichteren« Arbeitsplatz zu ermöglichen.

Berücksichtigt man diese Aspekte, so kann man die fehlenden Arbeitsplätze im RG gesamt auf ca. 400.000 beziffern.

Mit den Arbeitsmarktproblemen der Montangebiete hat sich folglich neben den schwach strukturierten ländlichen Räumen ein weiterer Problemtyp von Arbeitsmarktregion herausgebildet. In den überproportional hohen Arbeitslosenzahlen drückt sich vor allem die Arbeitsplatzvernichtung durch die Montankonzerne aus, die durch die Entwicklung des tertiären Sektors auch schon in den 70er Jahren nicht annähernd kompensiert werden konnte.

Das schon lang anhaltende hohe Niveau der Arbeitslosigkeit hat zu einer überproportionalen Betroffenheit bestimmter Gruppen am Arbeitsmarkt des Ruhrgebiets geführt und setzt sich weiter fort. (vgl. dazu P. Hurler, 1982)

– Dauerarbeitslosigkeit: In den 9 RG-AA Bezirken waren im September 1984 102 866 Arbeitslose ein Jahr und länger arbeitslos – das sind 40,2 %. Damit liegt der Strukturanteil 10 % über dem Landesdurchschnitt und 23 % über dem Bundesdurchschnitt, oder mit anderen Worten: 15 % aller Dauerarbeitslosen der BRD sind im Ruhrgebiet registriert. Für Dauerarbeitslose sind besonders Maßnahmen zur Erhaltung ihrer fachlichen Qualifikationen als Sofortmaßnahme notwendig.

– Ältere Arbeitnehmer: Trotz des besseren Kündigungsschutzes und der Sozialplanpolitik ist jeder fünfte Arbeitslose 1970–1980 in den Montangebieten 55 Jahre und älter. Früher vor allem im Bergbau und der Stahlindustrie übliche betriebsinterne Umsetzungen gestaffelt nach Alter sind aufgrund der Konzernstrategien nicht mehr möglich.

- Jüngere Arbeitnehmer: Auch wenn die »Ausbildungskatastrophe« der letzten Jahre infolge der demographischen Entwicklung und der quantitativ durchaus bemerkenswerten Anstrengungen zusätzliche, oft überbetriebliche Ausbildungsstellen im Ruhrgebiet einzurichten, in den nächsten Jahren überwunden werden könnte, bedarf es weiterer, gezielter arbeitsmarktpolitischer Anstrengungen für jüngere Arbeitnehmer. Dabei ist das Hauptaugenmerk auf die Qualitätsbesserung der Ausbildung sowie die Garantie der Übernahme zu richten.

- Neben der generellen Tendenz, jüngere Arbeitnehmer gegen Ältere auszutauschen (vgl. Hurler), entsteht ein Kern jüngerer Dauerarbeitsloser, der sich lokal in einzelnen Stadtteilen konzentriert, dem nie die Chance einer beruflichen Qualifikation und/oder der Berufsausübung eingeräumt wurde. In dieser Gruppe müssen häufig die Voraussetzungen von Aus- und Weiterbildung erst geschaffen werden.

- Frauen: das RG weist einen geringen Strukturanteil arbeitsloser Frauen auf (40 %; in früheren Jahren war er noch geringer). Doch selbst bei diesem geringen Anteil an allen Arbeitslosen wird die überdurchschnittliche Betroffenheit der Frauen schon deutlich, denn die Erwerbsquote ist mit 26,5 % (Mikrozensus 1982) wesentlich geringer. Im Rahmen der Arbeitsverwaltung mögliche Maßnahmen sollten dem entgegenwirken, etwa durch eine 50 %ige Zuweisung von AB-Maßnahmen an Frauen. Hohe Frauenarbeitslosenquoten – das LAA wies für das Jahr 1983 für NRW insgesamt eine Frauenarbeitslosenquote von 12,2 % bei einer Gesamtquote von 10,6 % aus – konzentrieren sich neben den ländlichen Räumen in der BRD vor allem in den Montanregionen. Daher ist neben der allgemeinen Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem ein Sonderprogramm für Frauen durchzusetzen (vgl. hierzu den Frauenteil in diesem Memorandum).

Im RG sind folglich begleitend zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen zielgruppenorientierte Maßnahmen und Auflagen dringend erforderlich.

2. Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Arbeitsbedingungen im Ruhrgebiet sind in besonderer Weise durch die Montanindustrie geprägt. Das gilt vor allem für die dort vorherrschende Schichtarbeit. Die vollkontinuierliche Arbeitsweise in der Stahlindustrie kennzeichnet diese Entwicklung recht deutlich.

Für die Schichtarbeit können vor allem zwei Gründe angeführt

werden. Einerseits gebot die technische Notwendigkeit der Produktion »in einer Hitze« eine kontinuierliche Arbeitsweise zumindest in Teilen der Stahlproduktion. Dieser Gesichtspunkt verlor allerdings in den letzten Jahren an Bedeutung (vgl. Memorandum '83). Andererseits traten Rentabilitätsgründe immer stärker in den Vordergrund. Die Auslastung der kapitalintensiven Anlagen ohne Stillstände sollte gewährleistet werden.

In der Stahlindustrie wird sowohl in Ein-, Zwei-, Drei- als auch in Konti-Schichtweise gearbeitet. Nach einer Erhebung von 1979 waren allein 42 % aller gewerblichen Arbeitnehmer der Stahlindustrie im zuletzt genannten Schichtsystem beschäftigt, das auf dem Wechsel von Früh-, Spät- und Nachtschicht an Werk-, Sonn- und Feiertagen beruht. 92 % aller Betriebe arbeiteten regelmäßig nachts, der Anteil der Nachtschichtarbeiter lag mit 54 % aller und 67 % der in der Produktion Beschäftigten deutlich höher als in anderen Branchen.

Die Lebensbedingungen der betroffenen Arbeitnehmer werden vor allem über drei Bereiche einschneidend berührt und verändert.

Der Effektivlohn eines Stahlarbeiters ist in hohem Maß von schichtspezifischen Zulagen abhängig, ein Mechanismus, der besonders geeignet ist, den Zwang zur Schichtarbeit zu reproduzieren. In einer Untersuchung bei Duisburger Stahlarbeitern wurde der Anteil der Schichtzulagen am Nettolohn auf 18–27 % geschätzt (vgl. Projektgruppe Industriearbeit und Wohnen im Ruhrgebiet, 1983, S. 126).

Die schädlichen Auswirkungen von Schichtarbeit auf die menschliche *Gesundheit* sind in einer Vielzahl von Untersuchungen belegt worden. Obwohl hier kompensatorische Regelungen im betrieblichen wie außerbetrieblichen Bereich sicherlich zu Abschwächungen führen und bei der Einstellung von Schichtarbeitern bereits Auswahlprozesse stattfinden, muß Schichtarbeit trotzdem als genereller Risikofaktor für die Gefährdung der Gesundheit angesehen werden.

Von besonderer regionaler Bedeutung sind die Auswirkungen der Schichtarbeit auf das *Alltagsleben*. Das Leben gegen die »biologische« und »soziale« Uhr führt zu einer Einteilung des Lebensraums und der Freizeit, die bereits als »Kontilebensweise« gekennzeichnet worden ist. Damit ist in weiten Bereichen eine »isolierte, reduzierte und zurückgezogene Lebensweise« gemeint, die darüberhinaus noch die Gefahr einer »Konservierung der traditionellen Rollenteilung zwischen Mann und Frau« und negativer Einflüsse auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder in sich birgt. (Vgl. Projektgruppe Industriearbeit und Wohnen im Ruhrgebiet, 1983, S. 2).

Eine weitere Zurückdrängung der Schichtarbeit ist deshalb nach wie

vor unerläßlich. Wir haben bereits im Memorandum 1983 am Beispiel der Stahlindustrie gezeigt, daß die technische Realisierbarkeit längst gegeben ist und sich mit der Beseitigung der Schichtarbeit ein großes Potential der Arbeitsplatz- und Standortsicherung ergibt. Wenn heute seitens der Stahlunternehmen Schichtarbeit eingestellt wird, um Lohnanteile einzusparen und gleichzeitig Arbeitnehmer verstärkt auf die Lohnzulagen angewiesen sind, kann zwar für die Gewerkschaften von einer Zwangslage gesprochen werden. Sie begründet aber weniger die Notwendigkeit von Schichtarbeit als die Notwendigkeit eines alternativen Entwicklungstyps der Volkswirtschaft.

Teil III. Die Hauptrichtungen der Erklärung der Regional- krise sowie die regionalpolitischen Strategien

Die harten Trends und Fakten, die sich in Tabelle 1 widerspiegeln, können natürlich von niemandem bestritten werden. Allerdings erklären sie auch nicht, warum das Ruhrgebiet so schwer von der Krise betroffen ist, und geben auch keine eindeutigen Hinweise auf eine erfolgversprechende Sanierungsstrategie. Eine Besonderheit der Ruhrgebietsdiskussion besteht nun darin, nach einer Beschreibung der relativ monostrukturierten Wirtschaft häufig direkt zur Maßnahmen-diskussion überzugehen, ohne die ökonomischen Machtverhältnisse und unterschiedlichen sozialen Interessen zu analysieren, die die derzeitige Situation herbeigeführt haben und auch die zukünftige Entwicklung bestimmen. Es wird illusionär ein gemeinsames Interesse »der Region« an der Überwindung der Krise unterstellt, eine Fiktion, wie die folgenden Abschnitte zeigen werden. Aus den genannten Gründen muß der Ursachenanalyse relativ breiter Raum gewährt werden.

1. Unternehmerverbände des Ruhrgebiets und marktradikale Ökonomen

Die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets haben 1982 eine Wirtschaftsstrategiestudie für das Ruhrgebiet vorgelegt (Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets, Wirtschaftspolitik für das Ruhrgebiet, Mülheim 1982; wissenschaftliche Beratung: W. Lamberts vom RWI, Essen). Sie stützen ihre Analyse und dementsprechend ihre Strategie auf folgende Thesen:

a) Die Struktur der Ruhrgebietswirtschaft mit ihrem Schwergewicht im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, Schwermaschinen- und Anlagenbau ist auf eine erweiterte Reproduktion der Gesamtwirtschaft, speziell der Industrie und der Infrastruktur, orientiert. Gibt es ausreichendes gesamtwirtschaftliches Wachstum (sowohl im Inland als auch im Ausland), so steigt die Nachfrage nach Kohle, Stahl, Produkten des Anlagen- und Maschinenbaus usw. (IHK's des Ruhrgebiets, 1982). Folglich müssen alle (angeblich politisch bedingten) Wachstumshemmnisse beseitigt werden. Das Ruhrgebiet soll mit Kohleveredelungsanlagen und weiteren Kraftwerken als Energiezentrum der BRD ausgebaut und total verkabelt werden.

Zugleich wird konstatiert, daß diese Wirtschaftsstruktur eine besondere Konjunktur reagibilität erzeugt. Dies wird hingenommen. Den IHK's kommt es darauf an, durch allgemeine Wachstumspolitik die Ruhrgebietswirtschaft wieder auf einen langfristigen Wachstumspfad zu führen. Dabei soll an den vorhandenen Strukturen angesetzt werden.

b) In seltener Verkehrgung der Ursachen-Wirkungsbeziehungen wird die Tatsache, daß der Staatssektor in den 60er und 70er Jahren *relativ* stark zugenommen hat, zur Ursache der relativen Schwäche der Marktproduktion erklärt. Staatliche Arbeitskräftenachfrage habe private Produktion zurückgedrängt (obwohl schon damals das Problem der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die Verluste im Bergbau (./ 350.000) im Vordergrund stand!), woraus der Schluß gezogen wird, den Staatssektor zu reduzieren. Die Ruhrgebietsgemeinden, das Land und der Bund sind kräftig dabei, die Zahl ihrer Beschäftigten im Ruhrgebiet zu reduzieren, wobei vom Resultat her unerheblich ist, ob sie dies aus schlichter finanzieller Not oder aus einem theoretisch inspirierten Konsolidierungssyndrom tun.

Eine nicht minder frappierende Umkehr der Ursache-Wirkungsrelation besteht in der These, daß die Umweltschutzbestimmungen das Wachstum der Ruhrwirtschaft hemmen würden, während die schlichte Tatsache auf der Hand liegt, daß die ca. 100jährige ungehemmte Akkumulation der Schwerindustrie Boden, Wasser und Luft derart intensiv verbraucht und verschmutzt hat, daß eine weitere Sicherung der Wirtschaftstätigkeit und der Reproduktion der Arbeitskräfte in dieser Region ein hohes Maß an vorausschauender, planmäßiger Umweltschutzpolitik mit entsprechend hohen Investitionen und Rekultivierungsmaßnahmen verlangt. Während der Zwang zur intensiv erweiterten Reproduktion der Wasserressourcen schon durch die um die Jahrhundertwende grassierenden Seuchen deutlich wurde und zur Gründung des Ruhrtalsperrenvereins sowie der Emschergenossenschaft als Abwasserverband führte, sträubte sich die Industrie bezüglich der Luft- und Bodenreproduktion bislang in weit höherem Maße. Diese der kurzfristigen Gewinnmaximierung geschuldete Borniertheit hat nun sogar dazu geführt, daß sich für wichtige Umweltschutztechnologien das Know How nicht oder nur sehr spät in der Bundesrepublik entwickelt hat (z. B. bei Entstickungsanlagen in Kraftwerken und PKW's, vgl. J. Schneider, 1985) und die guten industriellen Ansätze auch des Ruhrgebiets nicht voll ausgeschöpft werden.

Eine weitere ›Schule‹ von Ökonomen und Regionalwissenschaftlern (Prof. Staudt, Duisburg; Prof. Klemmer, Bochum; Prof. Landwehr-

mann, Bochum), deren Argumente besonders in CDU- und FDP-Kreisen Widerhall finden, spitzt ihre Argumente auf die These zu, der ›Folz‹ von Großindustrie, Gewerkschaften, Rathäusern und Landesregierung habe eine Subventionsmentalität entstehen lassen und schwäche damit die innovativen Unternehmerkräfte. Deshalb sei das Ruhrgebiet gegenüber anderen Regionen nicht konkurrenzfähig. Nur die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit aber sei der Garant für die Überwindung der Krise. Ein neuer Gründerboom und Unternehmungsgeist müsse durch ›Entbürokratisierung‹, Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung etc. erzeugt werden, die Subventionen müssten auslaufen, die ökonomische und politische Dominanz des Montankomplexes müsse gebrochen werden. Hier ergeben sich Überschneidungspunkte mit den Interessen der Unternehmen der High-Tech-Branchen, die für die Montanregionen fließenden Subventionen drastisch zu reduzieren und statt dessen der ›Schlacht um die Zukunft‹ (F. J. Strauß) auf den Elektronikmärkten zuzuführen. Die Empfehlungen reichen bis zu Vorschlägen, das Ruhrgebiet zu einer sog. ›freien Produktionszone‹ zu machen (Landwehrmann, 1980), regionale Ausnahmeklauseln in Tarifverträgen einzubauen und für das Ruhrgebiet wirksam zu machen usw.

Der letzte Ansatz war durch einen Vorstoß der Bundesregierung bezüglich der saarländischen Stahlindustrie 1983 bereits politikfähig geworden. (Die Bundesregierung hatte ihre weiteren Subventionszusagen an die Saarstahl GmbH zunächst an die Bedingung geknüpft, daß im Saarland die von der IGM ausgehandelten tarifvertraglichen Lohn erhöhungen für einige Jahre ausgesetzt werden sollten.) Er findet sich im Jahresgutachten 84/85 des Sachverständigenrats als Konzeptionsansatz für regionale Wirtschaftspolitik wieder: »Was an Lösungsmodellen zulässig sein sollte, braucht nicht so radikal zu sein, wie es etwa die Errichtung von sogenannten Zonen freier Wirtschaftstätigkeit ... wäre. Bestimmte Elemente solcher Konzepte sind jedoch erwägenswert. ... Die Leitidee ist es, einen besonderen Freiraum für wirtschaftliches Handeln zu schaffen. ... Ein erfolversprechender Weg wäre ... (hier folgt nun das bekannte Spektrum der Vorschläge des SVR: Abbau bürokratischer Hemmnisse, Glockenprinzip im Umweltschutz, Lockerung wohnungspolitischer Vorschriften ... , d.V.). Der Vorteil freier Wirtschaftszonen liegt auch darin, daß man in solchen Zonen neue institutionelle Regelungen zunächst einmal in einem ›empirischen Experiment‹ auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen kann.« Dieser Vorstoß des Sachverständigenrats in Richtung eines regionalen Flexibilitätskonzepts muß sehr ernst genommen werden.

2. Sozialdemokratische Landesregierung und Ruhrgebietskommunen

Zwischen dem erstgenannten Erklärungsansatz für die Ruhrgebietskrise sowie ihren wirtschafts- und regionalpolitischen Schlußfolgerungen und dem im folgenden skizzierten Ansatz bestehen vielfältige Überschneidungen und Übergänge. Beide basieren letztlich auf dem Primat der Gewinnsteuerung der Wirtschaft durch private Entscheidungen. Das Maß des Eingriffs und der Rahmensetzung durch den Staat ist jedoch unterschiedlich (Müller, M./Vater, K., 1984).

2.1 Kohle- und Stahlpolitik

Die sozialdemokratischen Politikansätze gehen von einer *oberflächlichen Monostrukturthese für das Ruhrgebiet* (vgl. hierzu 3.) aus. Das Ruhrgebiet habe das Pech, die mit Überkapazitäten versehene Stahlindustrie zu beherbergen, deren Produktionsrückgang außerdem die Steinkohlennachfrage negativ beeinflusse. Daß die – gemessen an der Nachfrage – vorhandenen Überkapazitäten hauptsächlich durch die gewinnorientierte Investitionskonkurrenz der privaten Stahlkonzerne sowie ihren Versuch, die Stahlindustrien der EG-Partner niederzukurrieren, geschaffen worden sind (Memorandum '81 und '83), wird nicht betont. Deshalb wurde bislang das Konzept der Vergesellschaftung der Stahlindustrie, wie es inzwischen die IG-Metall in ihrem Stahlprogramm fordert, von der Landesregierung abgelehnt bzw. ignoriert. Sie akzeptiert generell die Verringerung der Kapazitäten und Belegschaften im Bergbau und der Stahlindustrie, ohne die tatsächliche Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zur Bedingung zu machen, wenn sie auch gefordert werden. So wurde der Ruhrgebietsbevölkerung versprochen, mit dem sog. »Stahlstandortprogramm« im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GRW) von 1982–1985 ca. 40.000 Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Tatsächlich wurden jedoch bis 1984 nur ca. 5.000 Arbeitsplätze über dieses Programm mitfinanziert, was übrigens vorauszusehen war und von den Kritikern der Ruhrgebietspolitik auch formuliert worden ist (Hoesch-Krupp-Ruhrstahl AG, Dortmund 1982). Dies deutet einmal mehr auf die Unzulänglichkeit der GRW als Instrument der regionalen Strukturpolitik hin. Auch die diskutierte Reform der GRW wird daran nichts ändern. Vielmehr bedarf es einer anderen Konzeption der Wirtschafts- und Strukturpolitik in dem von uns dargestellten Sinne eines alternativen Entwicklungstyps.

Dennoch wird auch für die Zukunft von der Landesregierung auf derartige, in Krisensituationen unwirksame regionale Förderprogramme gesetzt. Dies nährt die Vermutung, daß eine Funktion derartiger Programme darin besteht, lediglich Aktivität gegen die Massenarbeitslosigkeit vorzutauschen.

Ein Unterschied zur konservativen Konzeption besteht in der sozialdemokratischen Forderung, die Strukturkonzepte der Stahlkonzerne seitens der Regierung (in Bonn) zu überprüfen, gewisse Standortauflagen zu erteilen, Parallelinvestitionen durch staatlich mitgesteuerten Fusionsdruck zu vermeiden und die Subventionsvergabe von der Erfüllung dieser Auflagen abhängig zu machen. Als Beispiel für ein derartiges Konzept gilt nach wie vor der Saarstahl-Plan von 1978, der hier nicht erneut einzuschätzen ist (Judith, R./Peters, J., Köln 1980; Memorandum '81).

Keineswegs ist es jedoch so, daß die Subventionsvergabe an die Erhaltung der Arbeitsplätze gebunden ist. Entsprechend den EG-Regeln, die noch unter der sozialliberalen Regierung konzipiert worden sind, erhalten vielmehr diejenigen Unternehmen die höchsten Subventionen, die die größten Stilllegungen und den größten Belegschaftsabbau realisieren. Diese Konzeption wird auch 1985 von der Landesregierung weitgehend mitgetragen und mitfinanziert, ebenso im Einklang mit der IGBE das Abrücken vom Ziel der Erhaltung einer Steinkohlenförderkapazität von 90 Mio. t/a, das von 1982 bis 1984 bereits zu einer Verringerung der Steinkohlenförderung um 10 Mio. t/a, der Beschäftigtenzahl von über 13.000 geführt hat (vgl. Kap. IV, 3.2).

Ein weiteres, besonders ärgerliches Spezifikum könnte man als »Extrapolationsdogma« bezeichnen. Die schlechten Werte der Jahre 1981–1983 werden in der Zukunft extrapoliert. Die Konkunkturreagibilität wird nur in Richtung »Konjunkturtal« und nicht »Konjunkturoberhoch« wahrgenommen. Daß 1984 die Rohstahlproduktion um ca. 10 % gestiegen ist, die Zahl der Beschäftigten jedoch weiter abgebaut wurde, wird ignoriert. Tatsächlich jedoch war die Belegschaft der Stahlindustrie 1984 mehr als ausgelastet, hat sich die Leistung weiter verdichtet. Die Möglichkeit, einzelne Anlagen stillzulegen, ohne die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren, wird überhaupt nicht in Betracht gezogen. Auf dieser Basis wird den Plänen der Stahlkonzerne, ihre Belegschaften weiter zu reduzieren, nicht einmal im Ansatz entgegen gewirkt.

Eine Besonderheit sozialdemokratischer Ruhrgebietspolitik bestand und besteht in der Entfaltung und Verteidigung einer Sozialplanpolitik

*Tab. 3
Bis 1985 geplante Subventionen für die Stahlunternehmen der BRD –
im Vergleich zur jeweiligen Rohstahlproduktion*

	Rohstahl- erzeugung 1983		Investitionshilfe		Strukturhilfe		Gesamthilfe	
	Tausend Monats- tonnen	%	Mio. DM	%	Mio. DM	%	Mio. DM	%
Krupp	325	14,9	75	7,0	496	25,6	571	18,9
Hoesch	372	17,1	391	36,2	477	24,6	868	28,8
Klößner	391	17,9	103	9,5	435	22,4	538	17,8
Thyssen	832	38,2	371	34,4	381	19,6	752	24,9
Peine- Salzgitter	260	11,9	139	12,9	151	7,8	290	9,6
Gesamt	2180	100,0	1079	100,0	1940	100,0	3019	100,0

Quelle: Wirtschaftswoche 13/1984, S. 80 ohne ARBED.

für die Berg- und Stahlarbeiter. Durch die Senkung der Altersgrenze auf 55 Jahre in der Eisen- und Stahlindustrie und 50 Jahre für die Untertagebergarbeiter sind bisher Massenentlassungen großen Stils verhindert worden. Zugleich haben die Kohle- und Stahlkonzerne natürlich nicht auf Abfindungsaktionen verzichtet und auch die Fluktuation nicht ersetzt. (Zur Zweischneidigkeit der Sozialplanpolitik, vgl. Memorandum '81, '83 und '84). Für den Hoesch-Stahlsektor in Dortmund z. B. sehen die Relationen wie folgt aus:

*Tab. 4
Beschäftigungsentwicklung Hoesch-Stahl AG (nur Dortmund)*

Okt. 1979: 24 300

./ 11 000, davon

Dez. 1984: 13 300

6500 über Sozialpläne

1200 über Abfindungsaktionen

3300 über den Nichtersatz von Fluktuation

Quelle: WR, 19. 1. 1985.

Daß gegen derartige Methoden der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen nur schwer anzukämpfen ist, vor allem dann, wenn kein Alternativprogramm für die Gesamtbranche und -region im Zentrum steht, haben die letzten Jahre im Ruhrgebiet gezeigt.

2.2 Wirtschaftsförderungs- und Modernisierungspolitik

Das Gesamtkonzept der Landesregierung bezüglich des Ruhrgebiets läßt sich nach wie vor mit den Stichworten »Modernisierung« und »Anpassung« auf privatwirtschaftlicher Grundlage mit staatlicher Flankierung umreißen. Schon das Aktionsprogramm Ruhr aus dem Jahre 1979 wurde mit seinen 5 Hauptelementen (Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik; Zukunftsweisende Technologien und Forschungseinrichtungen; Maßnahmen für den Umweltschutz; Stadterneuerungs- und Wohnumfeldpolitik; Subventionen für den Kohle-Energie-Verband) und einem Gesamtvolumen von ca. 7 Mrd. DM auf dieser Linie ausgearbeitet und gefahren. Seit der radikalen Verschärfung der Ruhrgebietskrise zu Beginn der 80er Jahre und angesichts der Tatsache, daß diese Verschärfung durch dieses Aktionsprogramm nicht verhindert werden konnte, wurde durch offensive Nutzung der inzwischen zahllosen Bundesprogramme und durch die Auflage landeseigener Technologieprogramme verstärkt auf die regionale und kommunale technologieorientierte Wirtschaftsförderung, die Gründung von neuen Klein- und Mittelunternehmen sowie die Förderung der vorhandenen gesetzt. Implizit wird damit die konservative These von der Notwendigkeit einer neuen »Gründerwelle« und der aus ihr sich angeblich ergebenden Chance, die Massenarbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen, nachvollzogen.

Während die Bundes- und Landesregierungen ihre Mittelstandsförderungs- und Unternehmensgründungspolitik forcieren, die Technologiepolitik teilweise auf diese Zielgruppe von Unternehmen ausrichten, folglich Technologieparks wie Pilze aus dem Boden schießen (Welsch, 1985; Eisbach, 1985), und die Landesregierung diese Politik inzwischen voll mitträgt, tritt die hauptsächliche Veränderung jedoch insofern ein, als die als regional- und wirtschaftsförderungspolitisch höherrangig eingestufte sog. »Bestandsförderung« die ansässigen und etablierten Unternehmen noch mehr befähigt, die Politik der Kommunalverwaltungen und Regierungen ihren Interessen gemäß zu steuern. Entsprechend dem Mechanismus der regionalen Konkurrenz wird maximale »Wirtschaftsfreundlichkeit« (d.h. ein umfassendes und unentgeltliches Dienstleistungsangebot für die ansässigen Unternehmen, der Abbau der »bürokratischen Hemmnisse« z.B. bei der Schaffung von Baurechten, das Unterlaufen von Umweltschutzbestimmungen, usw.) demonstriert und praktiziert. Daß die – über die interregionale Konkurrenz vermittelten – hieraus resultierenden Effekte lediglich eine Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmen

bewirken, die per Saldo das Niveau der Gesamtarbeitslosigkeit eher erhöht, wird hierbei verschwiegen bzw. ignoriert. Solange jedoch keine wirkliche gesamt- und regionalwirtschaftliche Alternative anvisiert und aufgebaut wird, diktieren die stärksten regionalen Arbeitsmärkte (die sich heute südlich der Mainlinie befinden) den weniger starken ihre Bedingungen, woraus die sozialdemokratisch regierten Kommunen des Ruhrgebiets und das Land NRW letztlich den Schluß ziehen, »mit den Wölfen zu heulen«, um den Abstand zu den führenden Regionen nicht noch größer werden zu lassen. Es verwundert daher nicht, daß die in Düsseldorf aufgelegten Technologieförderungsprogramme sich im Kern nicht von denen etwa Baden-Württembergs unterscheiden. Das NRW-Konzept sieht zwar als Programmelement eine sozialverträgliche Technologiegestaltung vor – was bei den Kammern auf heftige Kritik stößt –, dies werde aber nach Aussagen von Wirtschaftsminister Jochimsen nicht zu einem »Sozial-TÜV« führen und die Durchsetzung des technischen Fortschritts nicht behindern (WAZ 11.1.85). Auch die konstruktiven Forderungen des DGB-Landesbezirks NRW nach Mitbestimmung und -gestaltung, Kontrolle des Programms, Einbettung in ein beschäftigungspolitisches Gesamtkonzept und der finanziellen Ausstattung der Begleitforschung in Höhe von 1/4 des Projektetats lehnt die Landesregierung ab.

Ein wichtiger Aspekt der Wirtschaftsförderungspolitik ist die Vorratshaltung von baureifem (und nicht nur lediglich in Flächennutzungsplänen ausgewiesenem) Gewerbe- und Industriegelände und auch von geeigneten innerstädtischen Flächen für Betriebe des tertiären Sektors, am besten bereits in kommunaler Hand, um blitzschnell eventuell vorgetragene Grundstückswünsche befriedigen zu können. Im Ruhrgebiet wie überall erzwingt dieser Konkurrenzmechanismus ein Überangebot an erschlossenen Industrie- und Gewerbegebieten, und neuerdings werden bereits zunehmend die Hallen und Bürogebäude kommunal vorgehalten. Die Unternehmen mieten zunehmend die bauliche Substanz des fixen Kapitals (Helms, 1984).

Im Ruhrgebiet erfordert die Grünflächenknappheit und der zunehmende Druck der Bevölkerung in Richtung auf den Erhalt von Grünflächen im Gegensatz hierzu einen äußerst sparsamen Umgang mit Freiflächen und darüber hinaus ein Recycling alter Industrieflächen, das jedoch sehr kostenintensiv ist. Während das Flächenrecycling an sich positiv zu bewerten ist, sind die Beschaffungspreise, die der Grundstücksfonds Ruhr beim Kauf dieser Flächen hauptsächlich an die Montankonzerne zu entrichten hat, nur als skandalös zu bezeichnen (Estermann, 1984).

2.3 Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik

Während die Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung durch die SPD und ihre Repräsentanten in den Landesregierungen und Gemeinden ohne die ausdrückliche Forderung nach vollem Lohnausgleich erfolgte, verfolgen sie in den Ländern und Gemeinden eine Politik der Verringerung der Beschäftigung sowie Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich (Schwier-Modell für Lehrer; Übernahme von Auszubildenden nach der Lehre in Teilzeit- und Zeitverträgen usw.). Die Beschäftigungszahl in der Wirtschaftsgruppe 9 (Gebietskörperschaften/Sozialversicherung) sank z. B. in Dortmund aufgrund von ›Konsolidierungsmaßnahmen‹ von 19.930 (1976) auf 15.580 (1982).

Fast alle Ruhrgebietsgemeinden versuchen unter dem Stichwort ›zweiter Arbeitsmarkt‹ die Folgen von Massenarbeitslosigkeit zu lindern. Ein wesentliches Motiv ist dabei insbesondere die Begrenzung der Sozialhilfeausgaben der Kommunen. Mit dem 1982 in Hamburg vorgestellten Weg haben diese zweitklassigen Arbeitsmärkte jedoch nichts mehr zu tun. Damals war die Schaffung zusätzlicher, wenn auch quantitativ nicht ausreichender Arbeitsplätze im Rahmen der Arbeitsbeschaffung gekoppelt an einen Stop des Planstellenabbaus und eine Ausdehnung der Investitionsquote der Hansestadt Hamburg (vgl. Drucksache 10/392 der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg). Mittlerweile ist jedoch auch Hamburg von diesen notwendigen Prämissen der Arbeitsbeschaffung abgerückt. Zwischen einer mißbräuchlichen Erledigung kommunaler Pflichtaufgaben, insbesondere im Rahmen von ABM, und einer orientierungslosen Beschäftigungstherapie sind diese beschäftigungspolitischen Initiativen unter dem Stichwort 2. Arbeitsmarkt der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, der notwendige Konzepte der Arbeitsbeschaffung eher in Mißkredit bringt als der Herausforderung auch eines kommunalen Krisenumgangs gerecht zu werden.

3. Arbeits- und naturorientierter Erklärungsansatz für die Krise des Ruhrgebiets

3.1 Kapitalspezifische Reproduktion der Monostruktur als Krisenursache

Zunächst ist auf eine eigentlich triviale Tatsache zu verweisen. Regio-

nale Besonderheiten können immer nur die Abweichungen der regionalen Wirtschaftssituation (meist gemessen in den regionalen Arbeitslosenquoten und z.B. im regionalen BIP pro Einwohner oder pro Wirtschaftsperson) vom nationalen Durchschnitt erklären. Auch ohne regionale Disparitäten gäbe es jedoch Massenarbeitslosigkeit als Ergebnis des systembedingten Auseinanderklaffens von Kapazitätsentwicklung, Nachfrage- und Arbeitszeitentwicklung (vgl. hierzu Memorandum '84). Diese Tatsache wird oft vergessen. Damit wird unterschlagen, daß selbstverständlich die Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik des Bundes mitverantwortlich ist für die hohe Massenarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet.

Eine Theorie regionaler Krisen hat also zu erklären, warum z.B. München und Stuttgart im Vergleich zu den Großstädten des Ruhrgebiets besonders günstige Werte aufzuweisen hat, nicht, warum es auch in München inzwischen Massenarbeitslosigkeit gibt. Dabei geht es vor allem um die Kritik der These von Monostruktur als Hauptkrisenursache.

»Bei genauerer Prüfung bietet . . . die montanindustrielle Monostruktur kaum eine befriedigende Erklärung für die regionale Krise (des Ruhrgebiets). Grundsätzlich beschreibt »Monostruktur« nur einen hohen Spezialisierungsgrad der Region, der weniger eine krisenhafte Entwicklung als hohe ökonomische Leistungsfähigkeit nahelegt und der Region durchaus zu materiellem Wohlstand verhelfen kann. Tatsächlich befindet sich die Stahlindustrie des Ruhrgebiets anerkanntermaßen auf einem sehr hohen Modernisierungsstand und ihre betriebswirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit wird im allgemeinen nicht angezweifelt. Das Verhängnis der Region liegt darin, daß ein zu großer Anteil des regionalen Reichtums als Kapital der hochkonzentrierten Montanunternehmen und des mit ihnen verbundenen Wirtschaftskomplexes produziert wird. Dieses Kapital unterliegt dem Zwang zur Verwertung. Maßstäbe sind dabei nicht die regionalen Belange, sondern nationale und internationale Rentabilitätsniveaus und die spezifischen Verwertungs- und Konkurrenzbedingungen der Montanindustrie. Die Folgewirkungen sind im Ruhrgebiet bekannt: der beständige Zwang zur Ökonomisierung der Produktion; der Zwang zur Kapazitätsausdehnung, um die »economies of scale« zu realisieren; die relative Verringerung der eingesetzten Arbeitskraft; die relative Konzentration der Standorte.« . . .

»Streng genommen muß aus den bisher genannten Gründen weniger die Monostruktur als die kapitalspezifische Reproduktion (und Verfestigung) dieser Monostruktur als Krisenursache eingeschätzt wer-

den.« (Fricke/Gabriel/Schneider/Thyke, Theorie regionaler Krisen und regionaler Handlungsbedarf im Ruhrgebiet, Diplomarbeit, Dortmund 1984)

Im Memorandum '81 haben wir ausführlich den Mechanismus des konkurrenzbedingten Überinvestierens und folglich des Aufbaus von Überkapazitäten durch die Montankonzerne beschrieben.

Diese Überinvestitionen (der 70er Jahre) haben folglich Mittel gebunden, die eigentlich für die Diversifikation der Wirtschafts- und Industriestruktur, für Arbeitszeitverkürzung und sozialpolitische Reformen hätten genutzt werden müssen. Eine entwickelte sektorale und regionale Strukturberichterstattung *und Planung* hätte diese Entwicklung unter der Prämisse durchsetzen können, daß sie (über die Vergesellschaftung) die Investitionen an gesellschaftlich rationalen und nicht an Gewinnmaximierungskriterien hätte orientieren können. Es liegt auf der Hand, daß die aus der Überakkumulations des Stahlkapitals (Bömer, 1977) resultierenden Fehlentwicklungen, die bereits Mitte der 70er Jahre voll sichtbar waren, wenn auch zumeist noch geleugnet wurden, bereits damals wesentlich besser hätten korrigiert werden können als heute.

Bezüglich der Energiepolitik gilt dieser Hinweis bereits für die 60er Jahre. Die Steinkohlenbergwerke waren damals hauptsächlich im Besitz der Stahlkonzerne. Die Bundesregierungen hatten aus politischen Gründen (Vollzug der Westintegration) weder ein Interesse, der damaligen Offensive der anglo-amerikanischen Erdölkonzerne die Stirn zu bieten, noch die Energiewirtschaft insgesamt zu vergesellschaften und demokratisch zu planen und zu kontrollieren, so daß auch dieser Sektor den Mechanismen der Gewinnwirtschaft prinzipiell nicht entzogen war. Die Steinkohlenunternehmen stiegen ihrerseits ins Erdöl- und Erdgasgeschäft ein (z. B. die Gelsenberg), ließen sich die Kapitalvernichtung im Bergbau staatlich finanzieren (Stilllegungsprämien) und bauten selbst hektisch die Raffineriekapazitäten mit auf, die bereits heute wieder z.T. stillgelegt worden sind, weil natürlich auch in diesem Wirtschaftszweig der konkurrenzbedingte Überakkumulationsmechanismus funktioniert. Auch nach der Bildung der Ruhrkohle AG und der VEBA bleibt dieser Sektor nach wie vor hauptsächlich privatwirtschaftlich kontrolliert. Es muß jedoch betont werden, daß nur die hohen staatlichen Subventionen für den Steinkohlenbergbau es verhindert haben, daß der Ruhrbergbau in den 60er und 70er Jahren vollständig liquidiert worden ist. Der Widerstand der Bergarbeiter war zum Glück zu stark, um ein derart radikales Konzept der »passiven Sanierung« durchzusetzen.

Die besondere Industriestruktur des Ruhrgebiets, als Lieferant von Vormaterial und Anlagen für ein extensives Wirtschaftswachstum, verwandelt sich aus einem Vorzug, den sie in Zeiten extensiven Wachstums darstellt, in einen Nachteil in Zeiten der Stagnation und Krise. Diese Erklärung ist trivial, wird jedoch erst vollständig, wenn man die monopolistischen Kapitalstrukturen und Eigentumsverhältnisse in der Region mit in die Überlegungen einbezieht. Die Politik der *Bodensperre* z.B. hat als typischer Ausdruck der monopolistischen Beherrschung der Ruhrregion durch das Montankapital in den 50er und 60er Jahren dazu geführt, daß die Industriestruktur nicht stärker diversifiziert worden ist. Es lag nicht im Interesse der Montankonzerne, sich Konkurrenten um die Arbeitskräfte in die Region zu holen. Die Opel-Ansiedlung in Bochum konnte z. B. politisch gegen die Bergbauunternehmen nur mit einem planungsrechtlichen Trick durchgesetzt werden. (Die Stadt hatte die Grundstücke zunächst von Bergbauunternehmen aufgekauft mit der Behauptung, sie für die Erweiterung der Grünflächen zu nutzen.) Unternehmen mit entsprechenden regionalen Einflußmöglichkeiten auf den Bodenmarkt und die Kommunalpolitik sind bestrebt, über die Herstellung einer regionalen Arbeitslosigkeit ihre Kapitalverwertungsmöglichkeiten zu verbessern. Dies um so mehr, je niedriger die Gewinnmargen im Vergleich zu anderen Branchen sind. Es besteht folglich überhaupt kein gemeinsames Interesse »der Region« an der Lösung der Regionalkrise. Im Gegenteil: eine besonders hohe Arbeitslosigkeit ist das für Krisenbranchen gerade ideale Milieu zur Aufrechterhaltung der Kapitalverwertung (Bömer, 1979 u. 1984). Als Indiz mag gelten, daß derjenige Manager, der Dortmund bezüglich der Arbeitslosenquote zur Spitzenposition unter den Großstädten des Ruhrgebiets verholfen hat, Dr. Rohwedder als Vorstandsvorsitzender der Hoesch-AG, von Unternehmerblättern 1984 zum »Manager des Jahres« gekürt wurde, weil er der Hoesch-Aktie durch besonders rabiante und »elegante« Methoden des Kapazitäts- und Belegschaftsabbaus zur Spitzenposition unter den Stahlaktien verholfen hatte.

Die wesentlichen Unterschiede der drei verschiedenen Erklärungsansätze für die Krise des Ruhrgebiets lassen sich also dahingehend zusammenfassen, daß der arbeits- und naturorientierte Ansatz es explizit für zwangsläufig hält, daß unter den Bedingungen des Primats der gewinnorientierten Unternehmensentscheidungen der Strukturwandel und die Wachstumskrise der Gesamtwirtschaft das Ruhrgebiet in eine tiefe Krise stürzen *mußte*. Dies war durch systemimmanente Maßnahmen nicht zu verhindern, und auch nur die allgemeine Wachs-

tumsdynamik der 60er und der ersten Hälfte der 70er Jahre hat verhindert, daß die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet schon früher ihr heutiges Ausmaß erreicht hat. Speziell das Wachstum des Dienstleistungs- und Staatssektors hat in den 60er und 70er Jahren kompensatorisch gewirkt und die Arbeitslosigkeit in Grenzen gehalten. Seit Beginn der 80er Jahre fällt diese Kompensationsfunktion des tertiären Sektors aus. Nur eine planmäßige, vorausschauende Strukturpolitik, die die Gewinnorientierung der Zentren der ökonomischen Macht durch Vergesellschaftung aufhebt sowie durch Arbeitszeitverkürzung und ein massives Programm für qualitatives Wachstum die Schere zwischen Produktivitätssteigerung und zurückbleibender Produktion schließt, birgt die Chance in sich, die Krise stark abzumildern und schließlich zu überwinden.

Die monopolistische Beherrschung der Region durch die Konzerne der regionalen Industrie reicht jedoch weit über das bisher Ausgeführte hinaus. Das spezifische Arbeits- und Schichtsystem sowie die auf die Bedürfnisse der Montankonzerne zugeschnittene Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials drücken dem gesamten Beschäftigungssystem, der Infrastruktur, dem Umweltsystem und den individuellen Reproduktionsbedingungen der Beschäftigten ihren Stempel auf. So läßt sich die montankapitalspezifische Beherrschung der Region z.B. auch auf dem Wohnungsmarkt, im Dienstleistungssektor und damit auch auf den typischen Arbeitsmärkten für Frauen nachweisen. Die Schichtarbeit behindert die Frauenerwerbstätigkeit enorm, verhindert damit eine durchschnittliche Marktproduktion von Dienstleistungen, die ihrerseits besonders »frauentypische« Arbeitsplätze zur Verfügung stellen könnten usw. (vgl. Gabriel 1984).

Selbst die politische Kultur wird folglich durch die spezielle Konstellation der Kräfteverhältnisse von Arbeit und Kapital im Ruhrgebiet geprägt. Einerseits bietet der großbetriebliche Charakter der Montanindustrie ausgezeichnete Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen und politischen Formierung der Arbeiterbewegung. Andererseits haben gerade die Bergbau- und Stahlkonzerne seit jeher entwickelte betriebliche Sozial-, Kontroll- und Befriedungsstrategien entwickelt und angewandt (z. B. Krupp). Ferner hat die rasche Expansion des Ruhrgebiets vor dem 1. Weltkrieg, die Kriege einschließlich der Zwischenkriegszeit und schließlich die Nachkriegszeit zu riesigen Umschichtungen der Bevölkerung, zu drei Einwanderungswellen und damit zu entsprechenden sozialen, religiösen und auch politischen Differenzierungen innerhalb einer relativ kurzen Zeit geführt. Insgesamt haben diese Faktoren einen ausgeprägten Typ des sozialpartnerschaftlichen

gewerkschaftlichen und politischen Verhaltens besonders nach dem 2. Weltkrieg hervorgebracht, der sich heute in der hegemonialen Position der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet äußert.

Tab. 5

Die größten Ruhrgebietskonzerne und ihre Stellung unter den 100 größten Konzernen der BRD 1982

Rang-Nr.	Konzern	Umsatz 1982 (in Mio.)	Beschäftigte 1982 (in 1000)
<i>A Industrie</i>			
1	VEBA	50533	80,5
8	Thyssen	30610	144,7
10	RWE	22993	70,1
13	Klöckner-Konzern	19186	74,2
14	Gutehoffnungshütte	18693	87,4
15	Ruhrkohle	17595	134,5
16	Krupp	16720	78,2
17	Mannesmann	16469	112,6
18	Ruhrgas	14090	3,0
36	Hoesch	7437	38,2
37	Deutsche Babcock	6344	32,2
42	VEW	5583	7,3
46	Hochtief	4648	31,5
58	Werhahn-Gruppe	3206	11,6
<i>B Handel*</i>			
1	Stinnes	18554	21,9
2	Thyssen-Handelsunion	15400	12,9
5	ARAL	13442	2,2
6	Klöckner & Co.	11120	8,2
7	Karstadt-Gruppe	10948	74,0
9	Raab Karcher	10218	12,9
13	Mabanaft	9625	0,6
14	COOP	9575	42,6
19	Haniel & Cie.	6756	11,9
24	Mannesmann Handel	4877	2,4
26	Ferrostaal	4119	0,9
63	Hoesch-Export	1400	0,2
72	Eisen und Metall	1113	1,0

* Aus: Die größten 75 Handelsunternehmen der Bundesrepublik, FAZ 20. 8. 1983
Quelle: Die hundert größten Unternehmen, FAZ, 20. 8. 1983

Tab. 6

Die größten Ruhrgebietskonzerne 1958 und ihre Stellung unter den 100 größten Konzernen der Bundesrepublik im Jahre 1958 (Industrie- und Handelsunternehmen)

Rang-Nr.	Konzern	Umsatz 1958 (in Mio.)	Beschäftigte 1958 (in 1000)
1	Krupp	3331	105,2
4	Mannesmann	2956	78,6
6	Gutehoffnungshütte	2719	71,8
7	Rheinstahl (heute Thyssen)	2665	81,6
8	Gelsenkirch. Bergw. (heute Ruhrkohle und BP)	2520	83,5
9	BV-Aral AG (heute VEBA)	2140	5,8
12	Handelsunion (heute Thyssen)	2000	6,1
17	Aug.-Thyssen-Hütte	1776	.
19	Hoesch	1619	51,6
21	Phoenix-Rheinrohr (heute Thyssen u. Mannesmann)	1502	30,0
22	RWE	1470	13,8
24	Karstadt	1437	.
25	Klöckner	1430	36,3
26	Hiberia (heute Ruhrkohle)	1400	59,1
29	Dortm.-Hörder Hüttenunion (heute Hoesch)	1212	.
32	Haniel & Cie.	943	8,2
36	Hüttenwerk Oberhausen (heute Thyssen)	767	14,5
37	DEMAG (heute Mannesmann)	746	23,0
50	Chem. Wke Hüls (heute VEBA)	578	11,4
54	Steinkohlenwerke M. Stinnes AG (heute Ruhrkohle)	494	24,4
55	VEW	482	19,0
62	Deutsche Conti-Gas	430	26,6
64	Harpener Bergbau AG (Produktion heute Ruhrkohle)	422	18,5
73	Rheinpreussen AG (heute Ruhrkohle)	357	3,7
79	Duisburger Kupferhütte	287	5,0
80	Stahlwerke Bochum (heute Thyssen; O. Wolff)	277	0,9
81	Eisen- u. Metall AG (heute Hoesch/Mannesmann)	269	8,8
84	Hochtief AG	260	8,3
87	Deutsche Babcock & Wilcox	226	5,9
88	Gußstahlwerke Witten (heute Thyssen)	220	8,6
90	Orenstein & Koppel (Hoesch)	218	7,2
100	Didier-Werke (heute Hoesch u. a.)	176	.

Quelle: Die hundert größten Unternehmen, FAZ v. 7. 11. 1959.

3.2 Die wichtigsten Ruhrgebietskonzerne

Da die dominierende Verantwortung der Ruhrgebietskonzerne in Zusammenhang mit der staatlichen Stahl- und Energiepolitik für die Regionalkrise außer Zweifel steht (in Abschnitt 3.1 wurde dies am Beispiel der Stahl- und Kohlekonzerne aufgezeigt), lohnt es sich, die wichtigsten Kennziffern der führenden Ruhrgebietskonzerne zu notieren (Tab. 6).

Zwar zeigen die Tabellen den relativen Bedeutungsverlust der Ruhrwirtschaft an. Es wäre jedoch verfehlt, aus der Krise des Ruhrgebiets eine Krise der wichtigsten hier angesiedelten Konzerne schlußfolgern zu wollen. Selbst die Stahlkonzerne haben sich bekanntlich durch vertikale Kapitalmobilität und Diversifikation längst zu Konzernen umprofiliert, in denen der Stahlsektor nur noch ca. ein Drittel des Umsatzes bringt (Thyssen, Krupp, Klöckner, Mannesmann; bei Hoesch ca. 2/3). Das 2. wesentliche Standbein sind der Maschinenbau, der Handel sowie inzwischen sogar die Elektronik (Mannesmann-Hartmann & Braun z. B.).

3.3 Umweltkrise

Wie unter Punkt III 1. schon ausgeführt, gehört zur Krisenanalyse allgemein (Huffschmid, 1983) und speziell des Ruhrgebiets als integraler Bestandteil die Kritik der monopolistischen Umweltzerstörung, deren Ausmaß im Januar 1985 durch den Smog wiederum deutlich wurde. Neben der Luft- und Wasserverschmutzung tritt zunehmend die Bodenverschmutzung ins Zentrum der Diskussion und Politik. Hier wirken sich die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden sowie die seit Beginn der Schwerindustrialisierung betriebene ungeordnete Deponierung der Abfälle als besonders explosive chemische Zeitbombe aus.

In dem von uns entwickelten regionsspezifischen Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum spielen deshalb Investitionen und Vergesellschaftungsmaßnahmen im Umweltsektor eine besondere Rolle.

Auf eine umfassende empirische Darstellung der Umweltzerstörung im Ruhrgebiet kann hier verzichtet werden, weil die vorliegenden Veröffentlichungen hierüber ausreichend informieren. (Vgl. zusammenfassend LDS (Hrsg.), Daten zur Umwelt Nordrhein-Westfalen: 1975-1982, Düsseldorf 1984)

3.4 Trennung von Führungs- und Ausführungsfunktion

Eine Besonderheit der Ruhrgebietsentwicklung besteht in der traditionellen, politisch und privatwirtschaftlich motivierten räumlichen Trennung von Führungs- und Ausführungsfunktionen (Dähne, 1967). Nicht zu Unrecht wurde und wird Düsseldorf als der »Schreibtisch des Ruhrgebiets« bezeichnet. Nicht nur ein Teil der Ruhrgebietskonzerne hat seine Hauptverwaltungsfunktionen an den Rhein gelegt (Thyssen, Mannesmann, VEBA, vgl. Krickau/Olbrich, 1982), sondern auch die Funktion der Regierungspräsidien als mittlere Verwaltungsebene wurde bewußt vom Ruhrgebiet ferngehalten, ebenso wie die Errichtung von Universitäten (und Kasernen). Es liegt auf der Hand, daß hierfür wesentlich politische Gründe maßgeblich waren. Es sollte nicht zur Vertiefung fortschrittlicher Kontakte zwischen Arbeitern, Soldaten, Wissenschaft und Studenten kommen. Zugleich sollte durch die Verhinderung eines einheitlichen Ruhr-Regierungsbezirks (bzw. einer Provinz im Staat Preußen) und einer starken überkommunalen Organisation der Ruhrgebietskommunen der Einfluß des Ruhrgebiets (und damit der Arbeiterbewegung) auf die Landespolitik geschwächt werden (Rommelspacher, 1982). Als Ergebnis dieser Entmachtungsstrategie haben sich außer den Hauptverwaltungen einiger Ruhrgebietskonzerne kaum überregionale Dienstleistungs- und Führungsfunktionen mit ihren weitreichenden Auswirkungen auf das System der wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Infrastruktur im Ruhrgebiet angesiedelt. Die heutigen Dienstleistungssektoren der sog. Hellwegzone (Duisburg/Essen/Bochum/Dortmund) versorgen im wesentlichen das Ruhrgebiet selbst, speziell die sehr schlecht ausgestattete Emscherzone.

Als eine der wenigen, aber wirksamen Gegenmaßnahmen gegen diese räumliche Trennung von Arbeit und Verwaltung/Dienstleistung ist in den 60er und 70er Jahren der Aufbau von 5 Universitäten/Gesamthochschulen im Ruhrgebiet gelungen (Duisburg, Essen, Dortmund, Bochum, Hagen und auch Düsseldorf). Der verbale und bislang eher schüchterne Ansatz einer spezifischen Forschung mit Orientierung an den Interessen der lohnabhängig Beschäftigten wird jedoch durch den Versuch, die Hochschulen als Instrument der regionalen Innovations- und Wirtschaftsförderungspolitik einzusetzen, weitestgehend konterkariert. Auf die Technologiezentren, Forschungspotentiale und Transfersysteme hat hauptsächlich die regionale Wirtschaft Einfluß. Den Gewerkschaften und der Masse der Wissenschaftler ist faktisch eine Statistenrolle zugewiesen.

Tab. 7

Rangfolge der 20 größten Städte/Stadtstaaten nach ihren Einnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommensteuer in DM je Einwohner 1983

Rangfolge	Gemeinde	Gewerbe- steuer	Gemeinde- anteil der Einkommen- steuer	Rangfolge
1	Frankfurt am Main	1515,09	526,95	4
2	Stuttgart	911,47	564,57	2
3	Düsseldorf	876,40	529,30	3
4	München	815,33	505,60	5
5	Hamburg	713,86	605,29	1
6	Mannheim	703,42	456,79	9
7	Köln	640,56	482,75	8
8	Hannover	618,29	427,77	12
9	Bremen	590,04	445,43	11
10	Nürnberg	524,25	487,65	7
11	Bielefeld	523,03	418,95	14
12	Essen	511,34	424,08	13
13	Wuppertal	479,25	453,02	10
14	Münster	469,17	380,68	18
15	Bonn	446,91	489,11	6
16	Bochum	361,17	407,61	15
17	Dortmund	332,71	394,64	17
18	Gelsenkirchen	326,97	343,52	19
19	Duisburg	318,51	398,35	16
20	Berlin (West)	186,67	262,18	20

Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 1984.

3.5 Finanzkrise der Ruhrkommunen und des Landes NRW

Als Resultat aller bisher genannten Krisenfaktoren muß auf die besonders gravierende Finanzkrise der Ruhrgebietskommunen und des Landes NRW verwiesen werden, die heute den Spielraum für eine offensive Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auf der Basis der Landes- und Kommunalhaushalte relativ stark einschränkt. Nicht zuletzt die von der sozialliberalen Koalition beschlossene Abschaffung der Lohnsummensteuer und insgesamt der Reduzierung der Gewerbesteuer hat die Finanzkraft der Ruhrgebietskommunen erheblich verschlechtert (Eißel, 1984; Memorandum '85).

In dem Abschnitt »Probleme und Möglichkeiten zur kommunalen

Sicherung qualitativen Wachstums« im Teil A ist bereits ausführlicher darauf hingewiesen worden, daß die von den Gemeinden seit 1980 betriebene Konsolidierungspolitik gerade in NRW (und speziell im Ruhrgebiet) schlimme Auswirkungen hatte. Die kommunalen Investitionen gingen in NRW von 1980–1983 um 36 % zurück (Bundesdurchschnitt: 24 %). Da gleichzeitig die wesentlich aus der Massenarbeitslosigkeit bedingte Steigerung der Sozialhilfeausgaben den hierdurch gewonnenen ›Spielraum‹ wieder auffrißt, ist der beschäftigungspolitische Handlungsspielraum der Ruhrgebietsgemeinden ohne eine kräftige Verbesserung ihrer Finanzsituation aus zusätzlichen Zuschüssen von Bund und Land relativ gering, wenn er sich auch aufgrund der rigiden Konsolidierungspolitik 1981–1984, für die allerdings ein hoher beschäftigungspolitischer Preis gezahlt worden ist, wieder verbessert hat.

Die Tabellen 7 und 8 zeigen die prekäre Finanzsituation der Großstädte des Ruhrgebiets sowie des Landes NRW auf.

Eine ausführliche Analyse der Gemeindefinanzen im Ruhrgebiet hat der Kommunalverband Ruhr im Rahmen der »Strukturberichterstattung Ruhrgebiet« vorgenommen (KVR, 1983). Die dort gemachten Vorschläge zur Verbesserung der Finanzsituation sind allerdings viel zu zaghaft.

Die schlimme Finanzsituation des Landes NRW und der Ruhrgebietsgemeinden wird z.Zt. zum ›Sachzwang‹ stilisiert, an dem nichts zu ändern sei. Deshalb wird die Frage, ob sich die politisch dominierenden Kräfte in NRW und im Ruhrgebiet an der Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Rotstiftpolitik und für qualitative Beschäftigungsprogramme beteiligen, neben der Nutzung des eigenen Spielraums zur Gretchenfrage. Bisher ist leider noch zu konstatieren, daß man sich dem Konzept einer alternativen Wirtschaftspolitik für qualitatives Wachstum weitgehend verschließt und keine wirksame Bewegung zur Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden und des Landes entfaltet, die ›Antirotstiftbewegung‹ nicht unterstützt.

Tab. 8
Arbeitslosenquote und Verschuldungskennziffern der Bundesländer
1983 (ohne Berlin)

	Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)	Zinsausgaben in v.H. der Einnahmen (Zinslastquote)	Nettokredit- aufnahme in v.H. der investiven Ausgaben ¹ (Verfassungsgrenze)
<i>Flächenländer</i>			
Saarland	11,8	14,0	149,2
Niedersachsen	11,3	8,3	66,6
Nordrhein-Westfalen	10,6	10,0	76,3 ²
Schleswig-Holstein	10,5	11,6	83,5
Rheinland-Pfalz	8,5	9,5	71,6
Bayern	8,1	4,8	31,7
Hessen	7,6	8,5	46,4
Baden-Württemberg	5,9	6,7	36,8
<i>Stadtstaaten</i>			
Bremen	13,1	17,2	141,7
Hamburg	10,2	8,3	76,6

¹ Sachinvestitionen, Finanzinvestitionen (Darlehen und Beteiligungen) und geleistete Vermögensübertragungen.

² Haushaltsplan '85: ca. 100%!

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Berichte des Bundesfinanzministeriums über die Entwicklung der Länderhaushalte, eigene Berechnungen.

Aus: WSI-Mitteilungen 12/1984, S. 699.

Teil IV. Programm zur Bekämpfung des Massenarbeitslosigkeit und der Umweltkrise im Ruhrgebiet

Aus der speziellen Analyse der Ruhrgebietskrise geht vor dem Hintergrund der allgemeinen Krisenanalyse (Memorandum '84) hervor, daß ein Gegenkonzept mit den drei zentralen Komponenten Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum und Vergesellschaftung der die Ruhrgebietswirtschaft besonders prägenden Branchen Eisen- und Stahlindustrie sowie Energiewirtschaft erarbeitet werden muß. Dabei hat die knappe Skizzierung der Finanzsituation der Ruhrgebietsgemeinden und des Landes NRW bereits deutlich gemacht, daß der finanzielle Handlungsspielraum zwecks wirksamer beschäftigungspolitischer Maßnahmen wesentlich nur durch die Auflage großer Beschäftigungsprogramme auf nationaler Ebene erfolgen kann. Dabei ist zu unterstellen, daß solche Programme hauptsächlich dazu verwandt werden, kurzfristig die Finanzsituation der Gemeinden und Länder radikal zu verbessern und sie zugleich zu zwingen, diese zusätzlichen Mittel auch tatsächlich in den Bereichen Umweltschutz, Wohnungs- und Städtebau, ÖPNV, Bildung/Berufsausbildung usw. investiv oder auch durch zusätzliche Personaleinstellungen zu realisieren und sie nicht etwa für Konsolidierungszwecke zu verwenden. Mittelfristig müssen die im Memorandum '83 und im A-Teil gemachten Vorschläge zur Verbesserung der kommunal beeinflussbaren Steuern realisiert werden.

Zugleich müßten die Relationen zwischen den Zweckzuweisungen und allgemeinen Finanzzuweisungen zugunsten der letzteren verändert werden, um zu verhindern, daß z. B. weiterhin etwa umweltpolitisch nicht erwünschte Investitionen im Bereich des Stadtautobahnbaus nur deshalb getätigt werden, weil es dafür Zuschüsse vom Bund und den Ländern gibt.

Als Indikator für die räumliche Verteilung der zusätzlichen Finanzmittel aus dem Beschäftigungsprogramm für die Kommunen und Länder müßte die Arbeitslosenquote sowie ihre wahrscheinliche zukünftige Entwicklung die wichtigste Rolle spielen. Zusätzlich sind Erwerbsquoten-, Infrastrukturausstattungskennziffern, Umweltindikatoren, verfügbares Einkommen pro Einwohner sowie Kennziffern über die Finanzsituation heranzuziehen. Bei einer gegenüber dem Bundesdurchschnitt weitaus höheren Arbeitslosenquote (Jan. '85: 15,1 %, BRD: 10,6 %) müßten bei einem 210 Mrd.-Programm über 7 Jahre folglich ca. 5,0 Mrd. DM pro Jahr für das Ruhrgebiet bereitge-

stellt werden (KVR-Bevölkerungsanteil an der BRD: 8,5 %). Es bleibt zu erwähnen, daß der finanzielle Spielraum der Länder Bayern, Hessen und Baden-Württemberg und der meisten Gemeinden in diesen Bundesländern, aus eigener Kraft beschäftigungspolitische Maßnahmen zu finanzieren, prinzipiell besser ist als derjenige der Ruhrgebietskommunen und des Landes NRW.

Die bisher ausführlichsten arbeits- und naturorientierten Regionalstudien und Alternativen sind bisher von der ›Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen‹ (P. Strutynski, 1984) vorgelegt worden. Die folgenden Ausführungen des Kapitels IV können als geraffte Vorstudie einer entsprechenden Gesamtanalyse und Gesamtalternative für das Ruhrgebiet betrachtet werden.

1. Sofortforderungen und Notprogramme

Ein Programm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltkrise bedarf eines Notprogramms, das pragmatische, sofort realisierbare Ansätze zur Linderung akuter Not und krasser Mißstände enthält. Ein solches Notprogramm, das schnell ›hilft‹ und neue Hoffnung schafft, ist um so notwendiger in einer Region, die wie das Ruhrgebiet schon über ein Jahrzehnt weit überproportional unter den Folgen der ökonomischen Krise leidet.

Ein Notprogramm müßte zunächst den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern suchen. Eine dem Ausmaß der Krise adäquate Sofortforderung ist deshalb das Verbot von weiteren Massenentlassungen. Bei Betriebsstillegungen, Konkursen etc. ist der Erhalt der gefährdeten Arbeitsplätze zumindest vorläufig zu sichern. Hierbei ist weit intensiver als bisher zu prüfen, inwieweit die jeweiligen Betriebe durch Bürgschaften und Kredite von Bund, Land NRW oder Gemeinden auch in Trägerschaft der Belegschaft weitergeführt werden können.

Das ›Modell‹ der Belegschaft der Hattinger Firma Mönninghoff, die Anfang 1984 ihren Betrieb besetzten, um ihn als ›Betrieb in Arbeitnehmerhand‹ weiterzuführen, scheiterte an der Bereitstellung weniger Millionen Mark. Die weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit, deren materieller Schaden bereits heute die Höhe der damals notwendigen Kredite übertrifft, ist Ergebnis dieses skandalösen Umgangs mit Arbeitsplätzen, der der Notsituation des Ruhrgebiets nicht angemessen sein kann.

Die Kommunen des Ruhrgebiets wie auch andere öffentliche Kör-

perschaften haben im Rahmen der jeweiligen Haushaltskonsolidierung erheblich Personal abgebaut. Der Stop weiteren Personalabbaus ist deshalb eine Sofortforderung, die verbunden sein muß mit einem Ausbau notwendiger öffentlicher Leistungen, die neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen.

Wie auch in anderen Regionen sind im RG sofort weitere Ausbildungsplätze zu schaffen. Vorrangig sollten dazu die gegenwärtig unterausgelasteten Lehrwerkstätten der Großkonzerne insbesondere der Montanindustrie und die kommunalen Möglichkeiten (Eigenbetriebe und Verwaltung) genutzt werden. In Stadtteilen, in denen dann nach wie vor bestimmte Zielgruppen von Jugendlichen nicht versorgt sind, bedarf es kommunaler Lehrwerkstätten.

Nach Beendigung der Ausbildung sind die Jugendlichen von den Großbetrieben/Kommunen entsprechend ihrer Qualifikation zu beschäftigen.

Die Gemeinden haben bei der Umsetzung von regionalen Notprogrammen zweifelsohne eine Schlüsselfunktion.

Neben einer expansiven Personalpolitik müßten die Gemeinden durch notwendige Investitionen Arbeitsplätze insbesondere in der Bauindustrie erhalten bzw. schaffen.

Auf die begrenzten Möglichkeiten gerade der Ruhrgebietsgemeinden ist bereits hingewiesen worden. Durch die massive Haushaltskonsolidierungspolitik der Vergangenheit verfügen aber auch einige Gemeinden an der Ruhr durchaus wieder über Finanzspielräume, die gezielt zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu nutzen sind.

Neben einer Ausweitung der Haushalte sollte vorrangig eine Haushaltsumschichtung zugunsten arbeitsintensiver Projekte erfolgen. Eine kleinräumige Stabilisierung von Freiräumen, eine ökologische Stadterneuerung und eine Umorientierung der Verkehrspolitik sind im Ruhrgebiet nicht nur überfällig, sondern diese Investitionsschwerpunkte könnten auch dazu beitragen, daß bei gleichem Haushaltsvolumen mehr Menschen Beschäftigung finden.

Die beschriebenen Sofortforderungen haben vorrangig die Funktion, bis zur Durchsetzung der drei Eckpunkte des Memorandumkonzepts (Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Vergesellschaftung von Schlüsselsektoren) eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation zu verhindern. Sie würden einen Anfang setzen, Ansätze erproben und diese Ansätze der Kritik des ›Nichtmachbaren‹ entziehen. Eine Zusammenfassung von Bemühungen zur Linderung regionaler Massenarbeitslosigkeit ist u.E. die Umorientierung der regionalen Wirt-

schaftsförderung, wie sie vom Greater London Council entwickelt und erprobt wird. (Vgl. Einemann, Lübbing: Politische Alternativen in London – Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Bremen 1984).

Ein Notprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hat seine Berechtigung primär dort, wo materielle und psychische Not durch Dauerarbeitslosigkeit entstanden ist. Deshalb muß ein Notprogramm in erster Linie auch auf diese Gruppe von Betroffenen orientieren.

Das einzige arbeitsmarktpolitische Instrument zur »Schaffung von Arbeitsplätzen« (§ 91 Arbeitsmarktförderungsgesetz), das Dauerarbeitslose direkt wieder in zusätzliche, tariflich bezahlte Arbeit vermitteln kann, sind die »Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung« (ABM).

ABM ist aufgrund seines Mißbrauchs ein zurecht vielkritisieretes Instrument. Die Ausdehnung von ABM setzt voraus, daß sowohl auf einen Abbau von Personal im öffentlichen Dienst wie auf ein rückläufiges Investitionsvolumen der öffentlichen Hand verzichtet wird, um nicht regulär Beschäftigte durch AB-Kräfte zu ersetzen.

Unter dieser Prämisse, die leider selbst für das Modell des »Zweiten Arbeitsmarktes« in Hamburg zwischenzeitlich nicht mehr gilt, sind AB-Maßnahmen ein sinnvoller Beitrag zur Krisenlinderung.

Soll die massive Ausdehnung von ABM den Kern von Dauerarbeitslosen erreichen, so sind insbesondere die qualifizierten Maßnahmen für gewerbliche Arbeitnehmer auszudehnen. Dies setzt voraus, daß die Kommunen im Ruhrgebiet im Gegensatz zur heutigen Praxis bereit sind, geeignete investive Arbeiten durchzuführen. Die hierfür notwendigen Mittel könnten sowohl über den kommunalen Haushalt und/oder über Drittmittel, z.B. Städtebauförderungsmittel, bereitgestellt werden.

Regionale Programme der Arbeitsbeschaffung können dabei inhaltlich als erster Schritt eines umfassenderen Investitionsprogramms verstanden werden. (Vgl. vorliegendes Beschäftigungsprogramm Ruhr IV.4)

Arbeitsmarktpolitisch sichern die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei der Umsetzung eines Investitionsprogramms die Reintegration von Dauerarbeitslosen in die Gesellschaft ab. (Vgl. Fricke: Inhalte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im städtebaulichen Bereich, Dortmund 1985).

2. Arbeitszeitverkürzung

Die auch heute unverändert gültigen Begründungszusammenhänge zur Arbeitszeitverkürzung sind im Memorandum 1983 ausführlich dargestellt.

Schon 1983 haben wir betont, daß das Hauptkriterium zur Schwerpunktsetzung bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung angesichts der hohen Massenarbeitslosigkeit die Beschäftigungssicherung und -schaffung der jeweiligen Maßnahmen ist.

Dies gilt in besonderem Maße für das Ruhrgebiet, dessen Städte nunmehr seit Jahren die durch Arbeitslosigkeit am stärksten betroffenen Großstädte der BRD sind. Somit muß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich trotz ihrer durch die Tarifabschlüsse zeitlich nach hinten verschobenen Durchsetzung auch in Zukunft im Zentrum des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit stehen.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich würde im RG ca. 260 000 Arbeitsplätze sichern und schaffen. Aufgrund der Arbeitsplatzstruktur (vgl. dazu MEMO '83, S. 306ff) im RG – hoher Schichtarbeiteranteil, hoher Anteil produzierendes Gewerbe, hoher Anteil Großbetriebe, die in den letzten Jahren wesentliche Rationalisierungsschritte bereits vollzogen haben – ist davon auszugehen, daß mindestens ein Arbeitsplatzeffekt von ca. 195 000 realisiert würde.

Die Lebensarbeitszeitverkürzung kann die 35-Stunden-Woche auch im RG nicht ersetzen, zumal hier aufgrund der Branchenstruktur (vgl. MEMO '83, S. 288ff) die Arbeitsplatzeffekte im Vergleich zur 35-Stunden-Woche weit unter dem Bundesdurchschnitt liegen dürften. Geht man von der Altersstruktur NRWs aus, so sind lediglich ca. 75 000 Arbeitnehmer im RG 60 Jahre und älter, die realen Zahlen dürften niedriger liegen. Dennoch ist es wichtig, *begleitend* zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche die Lebensarbeitszeit zu verkürzen, um die arbeitsmarktpolitischen Realitäten sozialpolitisch abzusichern. Den älteren Arbeitnehmern, die über Sozialpläne aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, ist der Gang zum Arbeitsamt zu ersparen. Deshalb fordern wir generell die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und für die Stahl- und Bergarbeiter auf 55 Jahre.

Als dritte Form der Arbeitszeitverkürzung ist u. E. im Kontext eines alternativen Entwicklungstyps auch die Arbeitszeit in der Arbeitszeit durch Pausen, geringere Arbeitsintensität usw. zu verkürzen. Die Arbeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich intensiviert worden, was seinen Ausdruck in den hohen Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsquo-

ten findet. Mit einem an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientierten Wirtschaftstyp ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Intensivierung auf Kosten der Gesundheit der Menschen unvereinbar und sofort zu stoppen bzw. rückgängig zu machen. Als zweiter Aspekt ist die Notwendigkeit arbeitsfreier Zeit in der Arbeitszeit für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben (z. B. gewerkschaftliche Aktivitäten oder Mitbestimmung) zu betonen, denn die Realisierung der Vergesellschaftung z. B. setzt die breite Beteiligung der Belegschaften voraus. Obwohl eine quantitative Einschätzung dieser Maßnahmen schwierig ist, kann aber auf ihre Beschäftigungswirkung in Form zusätzlicher Arbeitsplätze geschlossen werden.

3. Vergesellschaftung und Demokratisierung der Wirtschaft – speziell der Stahlindustrie und Energiewirtschaft; Alternative Produktion

In den bisherigen Memoranden wurde das Problem der Vergesellschaftung und Demokratisierung wesentlich in folgenden Komplexen angesprochen:

Thesen zur langfristigen Neuorientierung der Strukturpolitik (Kap. 11 des Memorandum '80). Dort heißt es:

»Strukturpolitik sollte also den Produktionsprozeß sektoral und regional so steuern, daß

– die gesellschaftlich für erforderlich gehaltene Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen gesichert ist und daß sie verbessert werden kann

– das vorhandene Potential an Produktivkräften, in erster Linie an Arbeitskräften, aber auch an natürlichen Ressourcen, gerade auch unter den Bedingungen des sich beschleunigenden technologischen Fortschritts voll ausgeschöpft und gleichzeitig in die Verwendungsbereiche eingewiesen wird, die der gewünschten Endnachfragestruktur entsprechen.

Die Bedingung, daß sich Ergebnis und Einsatz an gesellschaftlicher Rationalität ausrichten sollen, weist auf ein weiteres, übergreifendes Ziel hin:

– daß Strukturpolitik dazu beizutragen hat, den Produktionsprozeß weiter zu demokratisieren, d. h. die Mitbestimmungsrechte der als Arbeitende und als Verbraucher unmittelbar Betroffenen entscheidend zu verbessern.«

Als notwendige Instrumente wurden benannt:

- a) Volkswirtschaftliche Rahmenplanung
- b) Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors
- c) Investitionslenkung und -kontrolle
- d) Neuordnung der Subventionspolitik
- e) Ausbau des Analyseinstrumentariums.

Im Memorandum '81 wurden dann zwei Vergesellschaftungsmodelle für die Stahlindustrie diskutiert sowie Vergesellschaftungskonzepte für den Wohnungsbau vorgestellt.

Im Memorandum '83 wurden diese Vorstellungen für die Eisen- und Stahlindustrie sowie für die Werften aktualisiert und konkretisiert, im Memorandum '84 Vorstellungen zur Produktionskonversion vorge-
tragen.

3.1 Vergesellschaftung der Stahlindustrie

Da die kapitalorientierten Sanierungsstrategien in vollem Umfang die von uns prognostizierten verheerenden Auswirkungen für die Stahlstandorte gezeitigt haben, ist die Forderung nach Vergesellschaftung der ESI essentieller Bestandteil eines Alternativkonzepts für das Ruhrgebiet. Das sog. »Moderatorenkonzept« hatte den großen Einfluß der privaten Großbanken auf die Entwicklung der ESI deutlich gemacht. Folglich wird die Frage des gesellschaftlichen Zugriffs auf die privaten Großbanken sowie die demokratische Steuerung des staatlichen Bankensektors auch aus der Sicht einer alternativen Ruhrgebietspolitik eine essentielle Forderung. Das Memorandum '85 legt hierzu konkrete Vorschläge vor.

Das Vergesellschaftungskonzept für die Eisen- und Stahlindustrie soll hier nicht erneut dargestellt werden. Es sollen lediglich einige aktuelle Anmerkungen hinzugefügt werden.

Auf der Grundlage eines Beschlusses des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages vom Oktober 1983 wurde von der IG Metall im März 1985 das »Stahlpolitische Programm der IG Metall« überarbeitet und verabschiedet (IG Metall, März 1985). Ihm liegen die in den Jahren der Stahlkrise gemachte Erkenntnisse und Erfahrungen zugrunde, die die Vergesellschaftung der Stahlkonzerne zur Grundbedingung der Lösung der Stahlkrise und der Probleme der Montanreviere im Interesse der Beschäftigten und Regionsbevölkerungen machen.

1984 war ein relativ gutes Stahljahr. Die Rohstahlproduktion stieg gegenüber 1983 um ca. 10 % auf knapp 40 Mio. t. Die Belegschaft

verringerte sich dennoch von 227 903 auf 215 443 Beschäftigte. In der Stahlindustrie wurde ab 1. 1. 1985 die 38-Stundenwoche eingeführt. Rechnerisch erbringt bzw. sichert sie ca. 10 000 Arbeitsplätze. (Die Ergebnisse einer IG-Metall-Umfrage zu den tatsächlichen Effekten liegen erst im Sommer 1985 vor.)

Unsere Einschätzung, daß mit dem vorläufigen Scheitern des Moderatorenkonzepts, das bekanntlich die Fusion Thyssen-Krupp vorsah, dessen Inhalt nicht abgewendet war, hat sich, wie das Vorantreiben der Fusion Krupp-Klöckner zeigt, erneut bestätigt. Es zeigt sich, daß die neue Investitionswelle im Bereich Qualitätsverbesserungen (Durchlaufglühe) und Energiekosteneinsparungen (Hüttenwerke in Kompaktbauweise) eine neue Zentralisationsbewegung voraussetzt bzw. auslöst. Die Beteiligung des australischen Rohstoffkonzerns RCA, einer Tochter des Rio Tinto-Konzerns, bedeutet natürlich das Gegenteil der von uns geforderten Vergesellschaftung im nationalen Maßstab.

Vergesellschaftung beinhaltet immer drei wesentliche Komponenten:

- Überführen in öffentliches (staatliches, Landes- oder Kommunal-) Eigentum und/oder in Genossenschaftseigentum
- Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen
- demokratisch kontrollierte Planung des entsprechenden Wirtschaftssektors einschließlich der Integration in die sektorale und regionale Strukturpolitik; Wirtschafts- und Sozialräte.

Die bisherigen Planungen der EG, der Bundesregierung sowie der bundesdeutschen Stahlkonzerne verlangen, daß mit Beginn des Jahres 1986 die EG-Marktregulierungen für die Eisen- und Stahlindustrie, d. h. die Quoten- und Preisregulierungen entfallen und das Subventionsverbot eintritt. Aus der Sicht eines Vergesellschaftungskonzepts wäre dies ein Schritt in die völlig entgegengesetzte Richtung. Immerhin hat dieses Regulierungssystem z. B. in den letzten Jahren die ruinöse Konkurrenz und damit den Konkurs der jeweils schwächsten Stahlkonzerne (z. B. der Saarstahl GmbH) verhindert. Zwar hat die EG-Regulierung derzeit nicht viel mit »demokratisch kontrollierter Planung des Stahlsektors« zu tun, doch birgt sie in sich viele formelle, juristische und institutionelle Mittel zur Realisierung einer derartigen Planung. Gleichzeitig wäre die »Entstaatlichung« des Stahlmarktes erneuter Auslöser eines ungehemmten Verdrängungswettbewerbes, da nicht davon auszugehen ist, daß die Stahlkapazitäten bereits ausreichend (vom Standpunkt des Marktes aus gesehen) reduziert worden sind – ganz im Gegensatz zur Reduzierung der Belegschaften!

Im Sinne des Vorantreibens alternativer Produktion als Bestandteil des Vergesellschaftungskonzeptes kommt es bezüglich der Stahlindustrie zunächst darauf an, brauchbare stillgelegte Hallen, Maschinen usw. einer alternativen Verwendung zuzuführen. Besonders die Werkstatthallen sind hier z. B. für die Einrichtung und Ausstattung von kommunalen Lehrwerkstätten interessant. Zwar kann man in Konverten keinen Pudding kochen, aber es gibt eine Reihe von Überlegungen, die in der Diskussion sind. Z. B. könnte in Dortmund das mit modernsten Filteranlagen 1982 stillgelegte Siemens-Martin-Stahlwerk III eventuell zu einer Müllverbrennungsanlage oder für Schmelzprozesse im Rahmen von Rohstoffrecyclingprogrammen umgebaut werden.

Da Stahlwerke eher Chemiewerken denn Maschinenbaubetrieben gleichen, bestehen von der Anlagenstruktur jedoch nicht die vielseitigen Produktionsversionsmöglichkeiten, die für Betriebe des Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbaus vorhanden sind.

Ein bedeutsamer Aspekt alternativer Produktion besteht jedoch darin, eine weitere drastische Einschränkung der Produktpalette und Produktionstiefe zu verhindern, d. h. die Vertiefung der regionalen Spezialisierung zumindest solange zu stoppen, bis über das Wirksamwerden der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen das regionale Arbeitsplatzproblem »im Griff« ist. Bekanntlich hat Hoesch in den letzten 5 Jahren den Wandel vom Universal- zum Spezialanbieter vollzogen (Hoesch-Geschäftsbericht, 1984). Zahlreiche Produktgruppen (Feineisen, Betonstahl, Grobbleche, Draht, Mitteleisen) wurden bereits abgestoßen. 1986 soll die Gießerei geschlossen werden. Ein eventuelles Fusionskonzept würde ferner die schwere Profilstraße und damit die Produktgruppen »Spundbohlen« und »Grubenausbau« infragestellen. Bezüglich der vertikalen Produktionstiefe besteht nach wie vor das Konzept, langfristig die gesamte Roheisen- und Rohstahlproduktion in Dortmund aufzugeben und damit die Spezialisierung in Richtung auf ein modernes Flachstahlwalzzentrum voranzutreiben. Das Konzept der Schaffung »alternativer Produktion« müßte für die Stahlindustrie daher zunächst einmal die Stoßrichtung der Erhaltung und Verteidigung relativ universal integrierter regionaler Produktionskomplexe enthalten.

3.2 Die Bedeutung der Neuorientierung und Vergesellschaftung der Energiewirtschaft für das Ruhrgebiet

Vorbemerkung

Im Teil A des diesjährigen Memorandums sind die strategischen Elemente einer alternativen Energiepolitik, die sich an den Kriterien »langfristige und kostengünstige Sicherung der Energieversorgung«, »Umwelt- und Ressourcenschonung«, »Beschäftigungssicherung«, »Zukunftsorientierung durch Entwicklung und Anwendung regenerativer Energiequellen« sowie »Friedenssicherung« orientiert, dargestellt worden. Demnach sollen Konzepte der Primärenergieeinsparung hauptsächlich durch den Ausbau der Wärme-Kraft-Kopplung und Wärmedämmmaßnahmen, die Verdrängung des Heizöls aus dem Wärmemarkt hauptsächlich mit Hilfe der Steinkohle, die Verhinderung der Expansion des Stromabsatzes auf dem Wärmemarkt, der Stopp des Baus weiterer Kernkraftwerke durchgesetzt werden. Ferner werden die wichtigsten Widerstände und Hemmnisse einer derartigen alternativen Energiepolitik, die Interessen der Energiekonzerne und wichtigsten Produzenten von Energieanlagen, benannt. Als wesentliche Durchsetzungsebenen und -instrumente für eine alternative Energieversorgung werden schließlich die Kommunalisierung, Regionalisierung und Verstaatlichung der Energieversorgung vermittels einer komplexen Vergesellschaftung der Energiewirtschaft bestimmt.

Dieses alternative Gesamtkonzept liegt auch diesem Kapitel zugrunde und wird deshalb nicht noch einmal ausführlich entwickelt. Statt dessen wird zunächst sichtbar gemacht, welche verheerenden Konsequenzen die Fortsetzung der derzeit betriebenen Energiepolitik für das Ruhrgebiet hat und welche Prozesse zur Neuordnung der Eigentumsverhältnisse bei der Ruhrkohle AG geführt haben. Schließlich wird nachgewiesen, daß die starke Stellung, die der Steinkohle im Konzept der alternativen Energiepolitik zugewiesen wird, die einzige Chance darstellt, den weiteren Niedergang des Ruhrkohlenbergbaus und damit auch des Ruhrgebiets zu verhindern. In Kap. IV.4. werden dann konkrete energiepolitische Investitionsfelder und Maßnahmen für das Ruhrgebiet aufgeführt.

3.2.1 Weiterer Kahlschlag im Steinkohlenbergbau ist vorprogrammiert

Das Dilemma

Die Energiepolitik und Energiewirtschaft der BRD steuert auf eine für das Ruhrgebiet erneut verhängnisvolle Krise zu, die Verschärfung des Problems der Überkapazitäten auch im Stromerzeugungsbereich mit weiteren dramatischen Auswirkungen für den Steinkohlenbergbau und die Montanreviere:

Im öffentlichen Bewußtsein werden die Schwierigkeiten des Steinkohlenabsatzes der Jahre '82 und '83 korrekterweise noch nicht mit den Problemen der Stromerzeugung in Verbindung gebracht, sondern vielmehr mit denen der Stahlindustrie und der Export-Import-Bilanz. Der Anteil des Stromverbrauchs auf Steinkohlenbasis am Gesamtstromverbrauch ist tatsächlich seit 1979 von 28,54% auf 34,5% 1983 gestiegen. Auch der Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch in der BRD ist von 18,56% (1979) auf 21,34% (1983) gestiegen (Gesamtverband des Steinkohlenbergbaus, 1984). Insofern gründet sich die relative Sorglosigkeit z. B. der IGBE bezüglich des Absatzes der Steinkohle an die Kraftwerke auf bisher reale Erfahrungen seit 1979.

Folglich wird heute – den Erfahrungen der letzten Jahre folgend – laufend behauptet: »Nur der Absatz an die Kraftwerke ist langfristig gesichert« (so z. B. Norbert Welter in der WAZ v. 26. 10. 1984). Deshalb sei es unwahrscheinlich, daß die Vorstände der Steinkohlen-

Tab. 9

Schlüsseldaten des Steinkohlenbergbaus der BRD 1974–1984

Jahr	Produktion	Absatz	davon				Import	Halden ²	Beschäftigte
			Kraftwerke	Stahl Inland	Stahl Ausland	Export insges.			
1974	94,9	116,2	37,7	29,6	20,9	32,7	17,6	17,0	204 900
1979	85,8	103,2	39,9	24,7	15,7	30,5	9,7	28,2	182 300
1980	86,6	93,8	39,4	24,9	13,0	20,8	9,3	18,1	186 800
1981	87,9	92,0	40,4	24,6	12,8	19,7	10,4	18,5	188 000
1982	88,4	85,1	41,8	20,6	9,4	15,1	11,7	21,6	185 100
1983	81,7	82,8	39,5	19,8	9,3	16,0	9,8	32,1	178 800
1984 ¹	78,8	89,0	40,5	22,5	11,5	18,7	9,9	24,5	169 000

¹ 1984 Ca.-Werte.

² Inkl. Nationale Kohlereserve von 10 Mio. t.

Quelle: Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen 1984.

konzerne und die Bundesregierung die IG Bergbau und Energie mit weiteren Stilllegungsabsichten konfrontieren würden. Die IG BE trägt deshalb, wie der 84er Kongreß gezeigt hat, die derzeitige Energie- und Steinkohlenpolitik ohne nennenswerten Widerstand mit.

Es ist jedoch ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß zumindest das Standbein »Kraftwerksabsatz« der Steinkohle gesichert sei und die Machtübernahme der Energieversorgungsunternehmen bei der Ruhrkohle AG ein Schritt zur Sicherung des Steinkohlenbergbaus sei.

Einerseits wird der Ausbau von Kernkraftwerken unvermindert, wenn auch nicht mehr mit den ursprünglich geplanten Zuwachsraten, vorangetrieben. (Krümmel, Grohnde, Grundremmingen B+C, THTR Untrop, Phillipsburg 2, Mühlheim-Kärlich, SNR-300 Kalkar, Brokdorf, Ohu 2, Neckarwestheim 2, Lingen 2, Wyhl, Hamm, Biblis C. Die Bauentscheidungen für Wyhl, Hamm und Biblis C sind noch nicht endgültig).

Andererseits ist die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Stromverbrauchs von 3,6% in den Jahren 1973–1979 auf 1,5% im Zeitraum 1980–1984 zurückgegangen (DIW-Wochenbericht 44/1984).

Das starke Wachstum 1984 (4,5%) ist hauptsächlich auf die relativ gute Konjunktur der Chemie- und Stahlindustrie zurückzuführen.

Zugleich bestimmt die Großfeuerungsanlagenverordnung, daß Altanlagen des Steinkohlen- und Braunkohlenkraftwerksparkes bis zum 1. 4. 1993 entschwefelt sein müssen oder dann stillzulegen sind. Der sog. *Jahrhundertvertrag* zwischen dem Steinkohlenbergbau und der Stromindustrie läuft 1995 aus, der Hüttenvertrag mit der Stahlindustrie bereits 1988.

Tab. 10
Jahrhundertvertrag (in der Fassung von 1980)

	Zeitraum	Menge Mio. t SKE	Menge pro Jahr in Mio. t SKE
EVUs	1981–1985	151,0 Mio. t	25,7–34,7
	1986–1990	173,0 Mio. t	29,4–39,8
	1991–1995	187,0 Mio. t	31,9–43,1
		(bei jährlichem Wachstum des Stromverbrauchs unter 3% = 180,0 Mio. t)	
Industrie	1981–1995	130 Mio. t	

Quelle: Deutscher Bundestag, Verwaltung 22. 11. 1983 (Bearbeiter: Dr. Grupp), S. 13.

Diese Fristen und einige Vertragsklauseln im ›Jahrhundertvertrag‹ bieten bisher kaum bemerkte ›Ausstiegsmöglichkeiten‹ der Elektrizitätswirtschaft aus der Steinkohle.

Denn der Jahrhundertvertrag, in dem die in Tabelle 10 angegebenen Absatzmengen für die Verstromung festgelegt sind, »sieht außerdem vor, daß dann, wenn aufgrund heute noch nicht erkennbare Stilllegungen oder Betriebseinschränkungen von Steinkohlenkraftwerken aus Umweltschutzgründen nicht die notwendigen Kraftwerkskapazitäten zur Verfügung stehen, eine Beratung und Verständigung der beteiligten Partner über eine entsprechende Anpassung der Abnahmeverpflichtungen stattfindet«. (Deutscher Bundestag, 1983, S. 13) Dies ist eine pauschale Umweltschutzklausel, mit der der Vertrag schon vor 1995 ausgehebelt werden kann.

Aus dieser Gesamtkonstellation ergibt sich folgende Perspektive:

Entweder wird der Jahrhundertvertrag erfüllt, dann werden je nach Stromverbrauchswachstum (0% oder 1% pro Jahr) 14 bzw. 6 Kernkraftwerke nicht ans Netz gehen. Dies würde 1995 einen inländischen Steinkohlenverbrauch von ca. 83 Mio t bedeuten. Oder F. J. Strauß und die Kernkraftwerksproduzenten setzen sich mit ihrer Absicht durch, einen wesentlichen Teil der Kohlekraftwerke durch Kernkraftwerke zu ersetzen, weil die Entschwefelung und Entstickung der Kohlekraftwerke zu lange dauert und zu teuer sei (Handelsblatt v. 9. 11. 1984). In diesem Fall würde der inländische Steinkohlenverbrauch entweder auf 44 Mio t (bei 0% Stromwachstum p.a.) oder auf 61 Mio t (bei Stromwachstum p.a.) absinken.

Tab. 11

Scenarien zum inländischen Steinkohlenverbrauch 1982–1995 (Mio. t SKE)

Jahr	Kernenergievorrang ¹ Variante: Nullwachstum des Stromverbrauchs	Kernenergievorrang ¹ Variante: Wachstum des Stromverbrauchs 1% p. a.	Kohlevorrang ² Nullwachstum oder Stromwachstum von 1% p. a. (gleichbedeutend)
1982	74	74	74
1985	62	65	80
1990	49	59	83
1995	44	61	83

¹ Alle betriebsbereiten Kernkraftwerke gehen bis 1995 ans Netz.

² Erfüllung des Jahrhundertvertrages.

Quelle: Deutscher Bundestag, Verwaltung, 22. Nov. 1983, S. 30.

Im ungünstigsten Falle würde also der Inlandsverbrauch auf die Hälfte der Förderung von 1982 (88,4 Mio t) absacken.

Schlußfolgerung: Gehen alle derzeit im Bau und in der Planung befindlichen Kernkraftwerke ans Netz, muß beinahe jede 2. (bei Nullwachstum des Stromverbrauchs) oder jede 3. (bei 1% Wachstum des Stromverbrauchs p.a.) Schachanlage im Steinkohlenbergbau geschlossen werden.

Übergangsprobleme

Die strategischen Entscheidungen zur Lösung dieses Dilemmas werden von den Energieversorgungskonzernen (EVU's) getroffen, die sich zwar zum großen Teil in öffentlichem oder halböffentlichem Besitz befinden, sich aber faktisch nach Gewinnmaximierungskriterien verhalten, weil die politischen Vertreter der öffentlichen Besitzer dies so wollen. RWE, VEW, VEBA und andere, z. B. die Bayernwerke, setzen eindeutig auf die Kernenergie und die Braunkohle (RWE). Sie sind zugleich auch Betreiber der derzeit vorhandenen Steinkohlekraftwerke und entscheiden damit darüber, ob diese bis 1993 entschwefelt oder stillgelegt werden. Da die EVU's mit höheren jährlichen Wachstumsraten des Stromverbrauchs gerechnet haben und immer noch

Übersicht

In Bau befindliche und geplante Steinkohlekraftwerke im RG und in RG-Nähe

Jahr der Inbetriebnahme	Eigentümer Betreiber	Kraftwerk	Leistung in MW
1985	Preussag/RWE	Ibbenbüren	770
	STEAG/RWE	Voerde B	710
1987	Stadtwerke Krefeld	Krefeld-Rheinhafen	300
1988	Stadtwerke Düsseldorf	Lausward	300
	STEAG	Heizkraftwerk Walsum	410
1989	STEAG	Heizkraftwerk Herne	785
	Stadtwerke Krefeld	Krefeld-Rheinhafen	300

Quelle: Statistik der Energiewirtschaft, Hrsg. VIK, Stand Sept. 1984.

Anm.: Nach Angabe der VIK ist die Realisierung der von der STEAG geplanten Heizkraftwerke noch nicht abzusehen, da die Ruhrgebiets-EVUs (RWE und VEW) die Stromabnahme nicht zusichern. Da mit dem Bau des HKW Walsum noch nicht begonnen wurde, ist die geplante Inbetriebnahme 1988 unrealistisch.

rechnen, hatte und hat bei ihnen die Steinkohle sicherlich bislang ebenfalls einen nicht unbeträchtlichen Stellenwert, was aus dem Jahrhundertvertrag hervorgeht. Dies erklärt, warum auch derzeit noch neue Steinkohlekraftwerke im Bau sind und das Bauprogramm für Rauchgasreinigungsanlagen inzwischen im großen Stil in Angriff genommen worden ist.

Da mit dem Zubau von Kernkraftwerken (Grohnde, THTR Uentrop, Gundremmingen B+C, Philippsburg 2, Mühlheim-Kärlich, SNR 300 Kalkar, Brokdorf, Ohu 2, Neckarwestheim 2, Lingen 2 und eventuell Wyhl, Biblis C, Hamm) riesige Kapitalmengen gebunden werden (ca. 35-40 Mrd. DM), die meisten Altanlagen der Steinkohlekraftwerke jedoch bereits abgeschrieben sind, dürfte folgende Strategie der EVU's wahrscheinlich sein, wenn ihnen nicht politisch ein Strich durch die Rechnung gemacht wird:

- Geplante, jedoch noch nicht in Angriff genommene Steinkohlekraftwerke werden nicht gebaut.

- Ein Teil der Altanlagen wird nicht mehr entschwefelt und muß somit aus dem Markt genommen werden. Der Jahrhundertvertrag wird, sofern er nicht bereits vor seinem Auslaufen ausgehebelt werden kann, an seiner untersten Grenze gefahren.

Spätestens 1995 würde der garantierte Absatz der Steinkohleunternehmen (RAG, Saarberg AG, EBV) dann drastisch zurückgehen. Gleiches könnte bereits 1988 nach Auslaufen des Hüttenvertrages der Fall sein. Die geplante Fusion Krupp-Klöckner-CRA kann dazu führen, daß dieser neue Stahlkonzern nach 1988 Kokskohle bzw. Koks aus Australien beziehen wird. Zugleich ist noch nicht klar, ob die Bundesregierung den Koksexport in die EG-Länder wie bisher nach 1986 weiter subventioniert. Würden diese Subventionen entfallen, wäre ein weiteres Standbein des Steinkohleabsatzes gefährdet! (Vgl. N. Welter, WAZ v. 26. 10. 1984)

Neuordnung der Eigentumsverhältnisse, Energiewirtschaft auf Fusionskurs

Sichtbarstes Kennzeichen dieser Tendenzen, die wie in der Stahlindustrie aus dem Druck der Krise, speziell der Überakkumulation des jeweiligen Branchenkapitals resultieren, ist die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse bei der RAG: während bisher die Stahlkonzerne neben der VEBA den Haupteinfluß ausübten, sehen die neuen Eigentumsverhältnisse seit 1984 wie folgt aus:

Tab. 12

Die Groß-Aktionäre der Ruhrkohle AG 1972 und 1984

1972 ¹		1984 ²	
Gesellschaft	Prozent	Gesellschaft	Prozent
Gelsenberg AG	13,56	VEBA	37,1
VEBA AG	13,27	VEW (über die GEB-Holding)	21,7
Salzgitter AG	10,82	Thyssen Stahl AG	12,7
Hoesch AG	7,80	Holding Hoesch-Veba AG (davon Hoesch: 7,9%)	10,0
Mannesmann AG	7,71	Verwaltungsgesellschaft Ruhrkohle Beteiligung mbH (RAG-Eigenbesitze)	10,0
F. Krupp Hüttenwerke AG	6,61	Gewerkschaft Alter Haase (VEW)	0,2
Rhein Stahl Energie GmbH	5,42	S.N. Sidechar (französisch)	8,3
August Thyssen Hütte AG	5,15		
Harpener AG	4,78		
Klöckner Industrierwerke AG	4,66		100,0
Niederrheinische Bergwerks AG	3,31		
F. Heinrich AG (Steinkohlenbergwerk)	3,01		
Hamborner Bergbau AG	2,72		
Monopol Bergwerks-GmbH	2,53		
F. Thyssen Bergbau AG Bergwerksgesellschaft	2,06		
Walsum AG	1,83		
H. Robert AG (Steinkohlenbergwerk)	1,73		
Stumm AG	1,63		
Emscher-Lippe-Bergbau	1,58		
Gw. Alter Haase	0,225		

¹ Vgl. H. Bömer, Internationale Kapitalkonzentration und regionale Krisenentwicklung: Am Beispiel der Montanindustrie und der Montanregionen der Europäischen Gemeinschaft, Dortmund 1977, S. 116.

² Auskunft der Ruhrkohle AG, Nov. 1984.

Es wird aus dieser Tabelle klar ersichtlich, daß die derzeitigen Hauptabnehmer der Steinkohle inzwischen die RAG kontrollieren. Übrigens hat das Bundeskartellamt im Verein mit der Bundesregierung es leider verhindern können, daß die Landesregierung NRW über die West LB Einfluß auf die RAG gewinnen konnte. Die EVU's (VEW, VEBA, RWE indirekt) sind folglich demnächst in der Lage, die RAG-Kapazitäten im Umfang ihrer Kernkraftwerksüberkapazitäten zu senken.

Zugleich ist es wahrscheinlich, daß es zu einer weiteren Zentralisation des Kapitals im Bereich der EVU's kommen wird.

Soziale Auswirkungen

Es bedarf keiner ausführlichen Beschreibung, um sich ausmalen zu können, was diese Perspektive für die Steinkohlereviere, die zugleich die Lastenträger der Stahlkrise sind, bedeuten wird. Allein für Dortmund würde die bereits beschlossene Teilschließung der Zeche Gneisenau im Jahre 1985 sowie die dann fällige Liquidierung der Schachtanlage Minister Stein die Vernichtung der ca. 10 000 letzten Arbeitsplätze im Bergbau bedeuten. Die indirekten Auswirkungen sind noch viel gravierender (vgl. Kasten).

Was wäre, wenn...

...der deutsche Steinkohlenbergbau seine Förderung um jährlich 10 Mio Tonnen jährlich vermindern würde? Die Auswirkungen auf Produktion, Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen hat der Bergbau anhand eines Modells simuliert.

- Danach würden durch den Förderausfall vom Bruttoproduktionswert des deutschen Bergbaus (zur Zeit rund 21 Mrd DM) direkt rund 2,5 Mrd DM betroffen, weitere 300 Mio DM durch ausbleibende Investitionen und 3,5 Mrd DM in den nach- und vorgeschalteten Bereichen. Das Produktionsvolumen würde demnach um 6,5 Mrd DM zurückfallen.

- An Arbeitsplätzen gingen insgesamt rund 50 000 verloren, davon 40 vH in mittelständischen Betrieben, drei Viertel davon im Revier. Derzeit sind im Berg-

bau rund 170 000 Leute beschäftigt, doch hängen an jedem Bergbauarbeitsplatz 1,2 bis 1,3 zusätzliche Arbeitsplätze, so daß heute vom Bergbau rund 400 000 Beschäftigte leben.

- Der Staat würde zwar 500 bis 600 Mio DM jährlich an Kokskohle-Beihilfe einsparen, die finanziellen Mehrbelastungen in den Etats für 50 000 zusätzliche Arbeitsplätze ohne Arbeit beliefen sich jedoch auf 1,5 Mrd DM. Per Saldo ergäbe sich also eine Mehrbelastung von 1 Mrd DM oder 100 DM pro Tonne Kohle.

Bei der derzeitigen Unterbeschäftigung würde eine Verminderung der Kohleförderung also die Arbeitslosigkeit fühlbar erhöhen und gleichzeitig den Staatssäckel noch stärker belasten. N. W.

aus »Der deutsche Bergbau sorgt sich um den langfristigen Kokskohle-Absatz« v. N. Welter, WAZ, 26. 10. 1984 (Berechnungsgrundlage: RWI-Gutachten zur Steinkohle, 1984).

3.2.2 Die Alternativen

3.2.2.1 Stellung der Steinkohle in einem arbeits- und umweltorientierten Konzept

Bezüglich der generellen Konzeption ist auf den Teil A dieses Memorandum zu verweisen. Zunächst ist eine möglichst schnelle Entschwefe-

lung und Entstickung der Steinkohlekraftwerke durchzusetzen. Für das Ruhrgebiet würden diese Investitionen nach den derzeitigen Bestimmungen der GFAVO ca. 80 000–110 000 Beschäftigtenjahre für die Ruhrgebietswirtschaft bedeuten. Eine weitere Verschärfung der TA-Luft (etwa ein generelles Verbot für Anlagen größer 1 MWth, mehr als 400 mg SO₂/cbm Rauchgas zu emittieren) würde den Markt für Entschwefelungsanlagen und Wirbelschichtfeuerungsanlagen erheblich ausdehnen. (J. Schneider, 1985, S. 78ff unter Verwendung der Input-Output-Tabelle des RWI für das RG, vgl. KÖPPEL 1984). Zugleich muß die Steinkohle zusätzlich Marktanteile am Wärmemarkt erhalten. Die wirksamste Form ist das Vorantreiben der Wärme-Kraft-Kopplung. Da im Ruhrgebiet relativ zahlreich mittelgroße Steinkohlekraftwerke vorhanden sind, müßten diese auf Wärmekraftkopplung und Wirbelschichtfeuerung umgerüstet werden. Diese Planung ist auf kommunaler Ebene mit den Stadtentwicklungsplänen zu verkoppeln (Informationen zur Raumentwicklung, 1984). Zugleich könnte als Sofortmaßnahme die Wärmeversorgung zahlreicher öffentlicher Gebäudekomplexe auf Steinkohle umgestellt werden.

Das Hauptproblem auf dem Wärmemarkt ist jedoch z. Z., daß erstens die Stromkonzerne mit Macht in den Wärmemarkt eindringen, daß zweitens die Stellung der Mineralölkonzerne auf dem Wärmemarkt sich aufgrund der sinkenden Weltmarktpreise zu festigen scheint und drittens die Gaskonzerne (und auch die Gasversorgungsunternehmen der meisten Stadtwerke!) ihrerseits mit aller Macht versuchen, ihren Marktanteil auf dem Wärmemarkt auszudehnen. Deshalb hat die Steinkohle unter den existierenden Marktbedingungen kaum Chancen, ihre Position zu stärken.

3.2.2.2 *Bedeutung der Vergesellschaftung der Energiewirtschaft für das Ruhrgebiet*

Aus diesem Grunde ist die Vergesellschaftung der Energiewirtschaft, die einer an den Bedürfnissen des qualitativen Wachstums orientierten Energiepolitik keinen Widerstand mehr entgegensetzen würde, sondern sie vielmehr erst umfassend ermöglicht, dringend erforderlich. (Vgl. Teil A zur Energie- und Umweltpolitik). Das Ruhrgebiet (und dessen ›Schreibtisch‹ Düsseldorf) ist das Stammgebiet und der Sitz der Hauptverwaltungen der führenden Energiekonzerne der Bundesrepublik. VEBA (Düsseldorf), RWE, Ruhrkohle, Ruhrgas (alle Essen), VEW (Dortmund) sowie die Kraftwerks- und Kraftwerkskomponentenbauer KWU (Mühlheim), GHH (Oberhausen) und Babcock (Oberhausen) haben ihren Sitz in diesem Zentrum der Energiewirt-

schaft der Bundesrepublik. Das auf Profitmaximierung orientierte Geschäftskonzept der Energiekonzerne, das zur Maximierung des Stromabsatzes und zu dem bereits beschriebenen unrationellen Energieeinsatz geführt hat, muß durchbrochen werden. Es liegt auf der Hand, daß die politische Bewegung, die dies zu bewerkstelligen hat, mächtig sein und eine Basis auch in der Belegschaft dieser Konzerne selbst finden muß. Weiterer Druck kann sich seitens der Kommunen entwickeln, die ihrerseits einen wesentlichen Einfluß auf die Geschäftspolitik der RWE und VEW ausüben und selbst immer heftiger durch eine aufgeklärte Umweltschutzbewegung unter Druck gesetzt werden, rationelle kommunale Energieversorgungskonzepte zu entwickeln und auch durchzusetzen. Das Beispiel Duisburg zeigt hierbei die große Bedeutung der Existenz von kommunalen Eigenbetrieben der Stromproduktion sowie von Querverbundunternehmen in kommunaler Hand. Im Beschäftigungsprogramm Ruhr müssen folglich Mittel für den verstärkten Ausbau rationeller Energiesysteme im großen Umfang bereitgestellt werden.

3.2.2.3 *Kohleveredelung*

In Teil III 1. wurde auf das Konzept der Industrie- und Handelskammern hingewiesen, die energiewirtschaftliche Zentrumsfunktion für die Bundesrepublik durch den Zubau weiterer Großkraftwerke sowie die Errichtung von Kohlevergasungs- und Verflüssigungsanlagen zu stärken.

Der Versuch, die Steinkohle in der Bundesrepublik verstärkt für Kohlevergasung und Kohleverflüssigung zu nutzen, ist jedoch erstens bei den gegebenen Preisverhältnissen in nennenswertem Umfang nicht zu realisieren und zweitens zugleich für die BRD ökonomisch erst dann sinnvoll, wenn alle volkswirtschaftlich sinnvollen Energiesparmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Bei einer globalen Betrachtungsweise der Energieproblematik muß jedoch berücksichtigt werden, daß das derzeitige Überangebot auf den Weltmärkten für Primärenergieträger hauptsächlich das Ergebnis der Krise vor allem der Entwicklungsländer ist. Selbst beim Aufbau rationellster Energieversorgungsstrukturen wird daher der Weltprimärenergiebedarf weiter von 8 auf ca. 15 Terrawattjahre (1 TW = 1 Mrd. Tonnen Steinkohleeinheiten) steigen, wie aus der Energiewende-Studie des Öko-Instituts hervorgeht.

Da die Entwicklungsländer hauptsächlich auf die relativ leicht zu handhabenden Energieträger (Erdöl und Erdgas) angewiesen sein werden und die Erschöpfung vor allem des Erdöls im nächsten Jahrhun-

Tab. 13 Weltbevölkerung und Weltenergieverbrauch unter verschiedenen Annahmen

	Bevölkerung (Millionen)			Primär- Energieverbrauch 1975		2030 wie USA heute*		IIASA Szenario »niedriger Verbrauch«		bessere Nutzung, Komfort wie BRD heute*	
	1975	2000	2030	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW
1. Nordamerika	236	284	315	11.27	2.66	11	3.47	15.71	4.95	2.5	0.79
2. Sowjetunion und Osteuropa	363	436	480	5.10	1.85	11	5.28	13.54	6.50	2.5	1.20
3. Westeuropa, Japan, Australien, Neusee- land, Südafrika und Israel	561	680	767	4.03	2.26	10	7.67	6.90	5.29	2.0	1.53
4. Latein-Amerika	319	575	797	1.06	0.34	6	4.78	3.05	2.43	1.7	1.35
5. Südasien, Südost- asien, Afrika (außer Nord- und Südafrika)	1422	2528	3550	0.23	0.33	6	21.30	0.77	2.73	1.7	6.04
6. Mittlerer Osten und Nordafrika	133	249	353	0.96	0.13	6	2.12	3.46	1.22	1.7	0.60
7. China und Zentral- planerische Staaten Asiens	912	1330	1714	0.51	0.47	8	13.71	1.44	2.47	2.0	3.43
Welt	3946	6082	7976	2.10	8.04		58.33		25.59		14.95

* unter Berücksichtigung klimatisch unterschiedlichen Raumwärmebedarfs, aber ohne Klimatisierung.
Quelle: Krause, Bossel, Müller-Reißmann, Energiewende, Frankfurt 1980.

dert absehbar ist, werden neben den regenerativen Energiequellen langfristig auch die Kohleveredelungstechnologien benötigt, um den Weltenergiebedarf zu befriedigen.

Im Ruhrgebiet sind entsprechende Anlagenbauer vorhanden (Krupp-Koppers, Uhde), die über den Betrieb von Pilot- und Demonstrationsanlagen befähigt werden müssen, auch auf diesem Gebiet des Anlagenbaus tätig zu werden bzw. zu bleiben. Es ist jedoch völlig abwegig, unter den heutigen Bedingungen und Preisrelationen darauf zu setzen, im Ruhrgebiet und generell in der Bundesrepublik aktuell große Kohlevergasungs- oder gar Verflüssigungsanlagen unter Verwendung von Hochtemperaturreaktoren zu errichten mit dem Ziel, in der Bundesrepublik das Benzin- und Gasangebot zu erweitern (!). Leider gibt es immer noch Kommunalpolitiker, die sich nur diesen Weg als Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit vorstellen können.

4. Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum

Zu den Dimensionen eines Beschäftigungsprogramms sind in der Einleitung bereits Angaben gemacht worden. Daß 5 Mrd. DM pro Jahr zusätzlich für das Ruhrgebiet notwendig und nicht gigantomanisch sind, um neben dem Arbeitsplatzeffekt der 35-Stunden-Woche einen Großteil der Massenarbeitslosigkeit durch Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wirksam zu bekämpfen, wird auch aus dem Scheitern des Ruhrgebietsaktionsprogramms von 1979 deutlich, das trotz eines Gesamtvolumens von ca. 7 Mrd. DM für die Jahre 1980–1984 nicht hat verhindern können, daß sich die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt hat.

Der nächste Schritt ist die Bestimmung der wichtigsten Felder qualitativen Wachstums im Ruhrgebiet sowie die Verteilung der Mittel auf diese Felder. In den zahlreichen Versuchen zur Erstellung qualitativer Wachstumsprogramme für Regionen finden sich – was nicht überrascht, weil es die Defizite des derzeitigen Wachstumstyps widerspiegelt – weitgehend die gleichen Wachstumsfelder. Regionsspezifisch sind höchstens die Proportionen zwischen den einzelnen Feldern sowie die jeweils konkrete planerische Umsetzung. Zu den bekanntesten Programmen zählt bisher das »Beschäftigungsprogramm Küste«, erstellt von der IG Metall Bezirksleitung Hamburg und der GEWOS GmbH Hamburg (Hrsg.). Es umfaßt folgende Bereiche:

Tab. 14 Beschäftigungsprogramm Küste
 Übersicht über die Vorschläge in Kurzform (Mio. DM pro Jahr)

Programmbereich/Maßnahmen	Förderprogramm	Investitionsvolumen	Beschäftigungseffekt*
<i>Energieversorgung</i>			
1. Ausbau Kraft-Wärme-Kopplung, Fernwärme	100	300	5400
2. Nahwärmeausbau mit Blockheizkraftwerken	50	250	4500
3. Wärmedämmung an Wohnungen/Gebäuden	280	840	15 100
4. Ausbau regenerativer Energiesysteme	90	220	4000
5. Demonstrativ-Projekt Kohlevergasung	50	140	2500
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	570	1750	31 500
<i>Umweltschutz</i>			
1. Elbe-Weser-Ems-Sanierung	50	140	2500
2. Gewässerschutz im ländlichen Raum	20	30	500
3. Umweltschonende Wasserversorgung	100	150	2700
4. Rauchgasentschwefelung Kohlekraftwerke	130	260	4700
5. Umweltsanierung Gewerbegebiete	20	150	2700
6. Lärmschutz an Durchgangsstraßen	30	60	1100
7. Lärmschutz am Arbeitsplatz	20	20	400
8. Müllverwertungskonzepte	20	20	600
9. Modernisierung der Abfallentsorgung	50	100	1800
10. Naturschutz und Grün-Pflege	50	50	1000
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	490	980	18 000
<i>Wohnungs- und Städtebau</i>			
1. Wohnungsbau in Bedarfsschwerpunkten	200	300	5400
2. Wohnungsmodernisierung	200	800	14 400
3. Stadterneuerung, Wohnumfeldverbesserung	20	100	1800
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	420	1200	21 600
<i>Verkehrspolitik</i>			
1. Erhalt, Modernisierung Schienennetz	200	200	3600
2. Ausbau des ÖPNV in Großstädten	200	200	3600
3. Ausbau kombinierter Güterverkehr			
4. Verkehrsberuhigung, Radwegebau	40	40	700
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	440	440	7900
<i>Bildungswesen</i>			
1. Überbetriebliche Aus- und Weiterbildung	20	20	400
2. Weiterbildung in Krisenbranchen	10	10	800
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	30	30	1200
<i>Forschung, Technologie</i>			
1. Ausbau Innovationsberatung	10	10	100
2. Technologieförderung, Pilotprojekte	90	180	3200
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	100	190	3300
Gesamtprogramm	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	2070	4590	83 500

* Überschlägige Abschätzung der Größenordnungen unter der Annahme, daß ein Investitionsvolumen von 100 Mio. DM im Durchschnitt einen Brutto-Beschäftigungseffekt von rund 1800 Mann-Jahre auslöst. Nicht berücksichtigt sind Substitutionsvorgänge in anderen Bereichen, die zu einem insgesamt niedrigeren Netto-Beschäftigungseffekt führen können; ebenfalls nicht berücksichtigt sind Multiplikatoreffekte (höhere Konsumgüter-Nachfrage bei gestiegenen Einkommen).

Quelle: IG Metall-Bezirk Hamburg und GEWOS, 1984.

Das »Beschäftigungsprogramm Ruhrgebiet« müßte neben den hier genannten Investitionsfeldern die Bereiche Gesundheitspolitik sowie Hochschulausbau zusätzlich enthalten. Außerdem ist es notwendig, kurzfristige Mittel für ein »Programm zur Förderung betrieblicher und regionaler Projekte Alternative Produktion« (Memo '84, S. 233) speziell für das Ruhrgebiet aufzulegen. Schließlich ist die Förderung der nichtetablierten Kulturinitiativen auch von beschäftigungspolitischer Bedeutung (Kurt Eichler, 1984).

Die Begründung für die Aufnahme des Gesundheitssektors liegt darin, daß im Ruhrgebiet nach wie vor von einer generellen Unterversorgung mit Gesundheitseinrichtungen ausgegangen werden muß, speziell die Versorgung der Emscher- und Lippezone ist aufgrund der starken Unterversorgung zu verbessern.

Die wachsende Bedeutung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen für die regionalen Arbeitsplatzperspektiven verlangt darüberhinaus, daß die ursprünglichen Ausbauplanungen für die Ruhrgebietshochschulen voll realisiert werden und der Ausbaustopp zurückgenommen wird.

Im Unterschied zum Beschäftigungsprogramm Küste kann die Relation Förderprogramm zu Investitionsvolumen überall dort, wo auch kommunale Eigenbeteiligung bei der Finanzierung vorausgesetzt ist, nicht so niedrig angesetzt werden, weil der Finanzspielraum der meisten Ruhrgebietskommunen im Durchschnitt noch geringer als der der Küstenregion ist.

Folgendes Programm soll als Vorschlag zur Diskussion gestellt werden:

Tab. 15: Beschäftigungsprogramm Ruhr' – Gesamtfördervolumen: 35 Mrd. DM/Laufzeit: 7 Jahre

Programmbereich/Maßnahmen	Förderprogramm Mio. DM pro Jahr	Investitionsvolumen pro Jahr	Beschäftigungseffekt ² pro Jahr
<i>Energieversorgung</i>			
1. Ausbau Kraft-Wärme-Kopplung, Fernwärme, Wirbelschichtfeuerung	800	2400	43200
2. Nahwärmeausbau mit Blockheizkraftwerken	100	500	13500
3. Wärmedämmung an Wohnungen/Gebäuden	280	840	15100
4. Ausbau regenerativer Energiesysteme	90	220	4000
5. Demonstrations-Projekt Kohlevergasung	100	280	5000
	1370	4240	80800
<i>Umweltschutz</i>			
1. Emscher-Sanierung	100	280	5000
2. Sonst. Gewässerschutzmaßnahmen	40	60	1000

Programmbereich/Maßnahmen	Förderprogramm Mio. DM pro Jahr	Investitions- volumen pro Jahr	Beschäftigungs- effekt ² pro Jahr
3. Umweltschonende Wasserversorgung	200	300	5400
4. Rauchgasreinigung für Kraftwerke in Bund-, Länder- und Kommunaleigentum	500	1000	12200
5. Rekultivierung von Industriebrachen	200	300	5400
6. Lärmschutz an Straßen	50	100	1800
7. Lärmschutz am Arbeitsplatz	50	50	900
8. Modernisierung und Erweiterung der Abfallentsorgung	100	100	1800
9. Bodenentgiftungsprogramm	100	100	1800
10. Naturschutz- und Grünpflege	100	100	1800
	1440	2390	39800
<i>Wohnungs- und Städtebau</i>			
1. Wohnungsbau in Bedarfsschwerpunkten	200	300	5400
2. Wohnungsmodernisierung ³	300	600	10800
3. Stadterneuerung, Wohnumfeldverbesserung	100	500	9000
	600	1400	25200
<i>Verkehrspolitik</i>			
1. Erhalt, Modernisierung Schienennetz	200	200	3600
2. Ausbau der S-Bahn und des Straßenbahnnetzes	200	300	5600
3. Senkung der Fahrpreise	200	—	—
4. Verkehrsberuhigung, Radwegebau	80	80	1400
	680	580	8600
<i>Gesundheitsversorgung</i>			
1. Krankenhausbau	200	200	3600
<i>Bildung und Kultur</i>			
1. Überbetriebliche Aus- und Weiterbildung	100	100	1800
2. Ganztagesgesamtschulen	100	100	1800
3. Lehrerbedarf decken	200	—	3600
4. Kultur vor Ort	50	—	900
	450	200	8100
<i>Hochschulen, Forschung, Technologie</i>			
1. Hochschulausbau	200	200	3600
2. Gewerkschaftliche Innovationsberatung	20	—	200
3. Technologieförderung Pilotprojekte	100	200	3600
	320	400	7400
Gesamtvolumen	5060 Mrd.	9410	173500

¹ Die Ausgaben müssen nicht unbedingt investiv verausgabt werden. Wo – wie im Bildungsbereich – das Hauptproblem bei der personellen Ausstattung besteht, können sie auch für Personalaufwendungen verwendet werden.

² Überschlägige Abschätzung der Größenordnungen unter der Annahme, daß ein Investitionsvolumen von 100 Mio. DM im Durchschnitt einen Brutto-Beschäftigungseffekt von rund 1800 Beschäftigungsjahren auslöst. Nicht berücksichtigt sind Substitutionsvorgänge in anderen Bereichen, die zu einem insgesamt niedrigeren Netto-Beschäftigungseffekt führen können (z. B. weniger Verkehrsunfälle vermindern Aufträge im Kfz-Gewerbe); die Multiplikatoreffekte sind nicht berücksichtigt. Es ist wahrscheinlich, daß ein Teil der Beschäftigungseffekte außerhalb des Ruhrgebiets anfällt.

³ Die 25 %-Förderrelation wird auf 50 % angehoben, um die Mietsprünge zu verhindern.

Energie

Auf den ersten Blick wirkt die Struktur der Energieversorgung im Ruhrgebiet vor dem Hintergrund alternativer Energieversorgungskonzepte positiv: 65 % der Kraftwerksleistung (öff. indust. und DB-Anteile) wird auf Basis von Steinkohle erzeugt, Kernkraftwerke gibt es im Ruhrgebiet bis auf den 1985 in Betrieb gehenden Versuchsreaktor THTR 300 in Hamm nicht, fast 30 % der Bevölkerung, die in der BRD mit Fernwärme versorgt wird, lebt in NRW und dort vorrangig im Ruhrgebiet. Dennoch gibt es im Ruhrgebiet vielfältigen Handlungsbedarf im Bereich der Energieversorgung.

a) Ausstattung der Kraftwerke

Im Ruhrgebiet sind 12 Kraftwerke mit einer Gesamtbruttoengpaßleistung von ca. 1750 MW zu 100 % und weitere 7 Kraftwerke mit einer Gesamtbruttoengpaßleistung von ca. 635 MW für Kraft-Wärme-Kopplung ausgelegt. Weitere Anlagen, die entsprechende technische und räumliche Möglichkeiten bieten, sollten auf Kraft-Wärme-Nutzung umgestellt werden, anderenfalls sollte der Nutzungsgrad der Kraftwerke durch Auskopplung von Wärme erhöht werden. Dies ist im Gegensatz zur Kraft-Wärme-Kopplung, die eine größere Umstellung der Kesselanlagen erfordert, ohne größeren technischen Aufwand machbar und kann daher auch – bei gesicherter Wärmeabnahme – für ältere Kraftwerke sinnvoll sein.

Die Landesregierung betont die Notwendigkeit von Kraft-Wärme-Kopplung in ihren ›Positionen und Perspektiven‹ zur ›Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen‹ (Düsseldorf, 1984) und fordert, daß neue Kraftwerke als Heizkraftwerke an für Fernwärme geeigneten Standorten gebaut werden. Dies stößt in der Realität auf massiven Widerstand vor allem der RWE, die den als Koppelprodukt erzeugten Strom nicht abnehmen wollen und somit die Planungen z. B. der STEAG für neue Heizkraftwerke konterkarieren.

Hier sind rechtliche Maßnahmen seitens der Landesregierung zu ergreifen, die den Bau neuer Kraftwerke als Heizkraftwerke für die Betreiber möglich machen (planerische Festlegungen, Preisgestaltung, vgl. MEMO '85 4.4.5 Widerstände und Hemmnisse gegen die Durchsetzung einer alternativen Energiepolitik).

Der Einsatz der Wirbelschichtfeuerung ist im Ruhrgebiet noch nicht weit fortgeschritten. Lediglich vier Anlagen mit 128 MW_{th} werden, teils als Versuchsanlagen, betrieben, und die Stadtwerke Duisburg planen, eine 208 MW_{th}-Anlage 1985 in Betrieb zu nehmen. Die weitere

Erforschung und der Betrieb von wirbelschichtbefeueten Kraftwerken muß nicht zuletzt auch aus Umweltgründen (die verschiedenen Kohlearten des Ruhrgebiets würden allein durch die Umstellung auf Wirbelschicht zwischen 18% und 60% selbstentschwefelt) forciert werden.

b) Wärmemarkt

Das Wärmebedarfspotential des Ruhrgebiets liegt zur Zeit bei ca. 21 000 MW_{th} (A. Steiff, P. M. Weinspach). Ohne große ruhrgebiets-spezifische Untersuchungen kann die Erkenntnis, daß Energiesparen eine der wichtigsten Energiequellen ist, auch auf den Wärmemarkt des Ruhrgebiets bezogen werden. So würde der Einbau von Doppelfenstern und eine nachträgliche Außenwanddämmung in ruhrgebiets-typischen Siedlungsbereichen (Kerngebiete mit überwiegend Mehrfamilienhäusern) pro km² den Wärmeleistungsbedarf um 60 MW (hier bei Geschoßflächenzahl 1,6 und Baujahr 1949–68) senken.

Wärmedämmungsmaßnahmen vor allem in Altbauquartieren müssen integraler Bestandteil örtlicher Energieversorgungskonzepte sein. Hierbei ist ein Schwerpunkt auf die mietneutrale Finanzierung zu legen. Planungen für den Wärmemarkt müssen mittelfristige Leistungsbedarfssenkungen mit einbeziehen. Vor diesem Hintergrund erscheint das Konzept der Fernwärmeschiene Ruhr überdimensioniert (Friedrich, U; Langer, D; 1985)

Gegenwärtig werden ca. 18% des Wärmebedarfs des Ruhrgebiets aus Fernwärme gedeckt. Dies ist allerdings innerhalb des Ruhrgebiets von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich. In Essen z. B. gelang es der RWE in großem Umfang, die Wärmeversorgung über Strom/Nachtspeicheröfen durchzusetzen, während am Niederrhein (Duisburg, Dinslaken, Moers) ein großer Teil der Versorgung durch Fernwärme auf Basis von industrieller Abwärme und Kohleinsatz, ergänzt durch Blockheizkraftwerke auf Erdgasbasis, erfolgt. Diese positiven Ansätze gilt es weiter auszubauen und auf andere Kommunen zu übertragen, zumal das Ruhrgebiet über eine relativ dezentrale Kraftwerksstruktur in Siedlungsnähe verfügt. Zur »Stärkung« der Fernwärme würde auch die Realisierung eines Abwärmeverwertungsgebots, das die Landesregierung in ihre gegenwärtigen Überlegungen einbezieht, beitragen.

c) regenerative Energien und Kohleveredelung

Neben den kurz- und mittelfristig zu realisierenden Umstellungen der Energieversorgung müssen auch schon heute Investitionen für zukünftige Versorgungsstrukturen getätigt werden. Somit muß der Erford-

schung regenerativer Energiequellen und des Sekundärrohstoffeinsatzes sowie dem Bau von entsprechenden Pilotprojekten in einem Beschäftigungsprogramm ein gewisser Stellenwert eingeräumt werden. Gleiches gilt für die weitere Erforschung von Kohleveredelungsverfahren, deren Anwendung innerhalb eines integrierten Energiegesamtkonzepts auch zukünftig nicht zur Verfeuerung in Kraftwerken, doch aber zum Einsatz in industriellen Prozessen führen kann. In diesem Rahmen ist der Bau einer Demonstrationsanlage zur Kohlevergasung eine sinnvolle Investition, die nicht mit den »Blüenträumen« einiger Kommunalpolitiker des Ruhrgebiets, die die Kohleveredelung in großem Maßstab betreiben und damit die Arbeitsmarktprobleme lösen wollen, verwechselt werden sollte.

Umwelt

Die zur Verbesserung der Umweltqualität im Ruhrgebiet durchzusetzenden Forderungen sind heute leider oftmals Entsorgungsmaßnahmen. Neben der Beseitigung der aus Jahrzehnten kumulierten Belastungen werden vorsorgende Umweltschutzmaßnahmen (wie sie in diesem MEMO im Teil »Arbeitsorientierte Umweltökonomie« beschrieben sind) auch im Ruhrgebiet im Blickpunkt stehen müssen.

Energisch zurückzuweisen sind Forderungen der Ruhrgebietskammern, die zu einer Verschlechterung der Umweltsituation führen würden: »Keine Verabsolutierung des Umweltschutzes: Auf die notwendige Gesamtpolitik für Wachstum und Produktion, für Investitionen und Arbeitsplätze müssen alle Politikbereiche ausgerichtet werden. Dazu gehört auch die Umweltpolitik. (...) Einzelbelange, wie etwa der Immissionsschutz dürfen nicht verabsolutiert werden. Gerade industrielle Ballungsräume, wie das Ruhrgebiet, sind von einer Verschärfung umweltpolitischer Bestimmungen weit mehr betroffen als Regionen mit weniger dichtem Industriebesatz. (...) – Die Novellierung des TA Luft in der vorliegenden Form könnte in Teilräumen zu einer Blockade bereits geplanter Vorhaben führen. Hier müssen Erleichterungen Platz greifen. Bei der Formulierung von Umweltstandards für den gewerblichen Bereich müssen die Konsequenzen in bezug auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärker berücksichtigt werden. (...) – Industrie- und Gewerbeflächen stellen einen Engpaßfaktor dar. (.../dieser) sollte nicht durch Ausweitung dieser Flächen (aufbereitete Industriebranchen, d.V.) als Grünflächen oder Wohngebiete verschärft werden. – (...) Von den Planungsbehörden ist

zu fordern, daß sie die sich aus dem Planungserlaß (Abstandserlaß, d. V.) ergebenden Möglichkeiten flexibel nutzen.« (IHK's des RG, Wirtschaftspolitik für das RG, Mühlheim 1982)

Diese programmatischen Äußerungen der Kammern gelten nach wie vor und führen – verfolgt man den Argumentationsstrang weiter – ggf./falls es der Wettbewerb erfordert, zu regionsspezifischen Umweltstandards.

a) Luft

Der jüngste SMOG-Alarm im Ruhrgebiet (Jan. 85 mit Erreichen der höchsten Alarmstufe) hat bundesweit verdeutlicht, was die Bevölkerung im Ruhrgebiet nicht zuletzt auch durch häufig auftretende Atemwegs- und Allergierkrankungen längst weiß: der »Himmel über der Ruhr« ist trotz meßbarer Erfolge gegenüber früheren Jahren (Anfang der 60er sind bei ähnlicher SMOG-Lage Schadstoffkonzentrationen von 9,8 Milligramm SO_2/m^3 Luft gemessen worden, Januar 85 1,7 Milligramm SO_2/m^3 Luft, FAZ v. 26. 1. 1985) weiter sanierungsbedürftig. Ohne die negativen Folgen von Hausbrand und Autoverkehr beschönigen zu wollen, zeigte der SMOG-Alarm deutlich, daß die Hauptzielgruppe der Maßnahmen die Großindustrie und die Energieerzeugungsunternehmen sein müßten:

- lediglich die SO_2 -Grenzwerte wurden im Ruhrgebiet überschritten (zum Alarm kam es, da SO_2 die Leitgröße für den SMOG-Plan ist)
- CO-H und NO_x -Konzentrationen sind nicht in vergleichbarer Stärke gemessen worden

Die folgende Tabelle verdeutlicht, daß Industrie und Kraftwerke die Hauptverursacher für SO_2 -Emissionen sind.

Tab. 16

Gesamtemissionen und Anteile der vier Energieverbrauchssektoren in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1982

	CO	CH	NO_x	SO_2	Staub
Gesamtemissionen kt/a	8200	1600	3100	3000	700
	%	%	%	%	%
Kraftwerke/Fernheizwerke	0,4	0,6	27,7	62,1	21,7
Industrie	13,6	28,0	14,0	25,2	59,7
Haushalte und Kleinverbraucher	21,0	32,4	3,7	9,3	9,1
Verkehr	65,0	39,0	54,6	3,4	9,4

Quelle: Umweltbundesamt, 1984.

Doch die berechtigte Sorge der Bevölkerung um ihre Gesundheit darf nicht zur Vernichtung der Arbeitsplätze mißbraucht werden. Vorschläge a lá Riesenhuber, der anlässlich der SMOG-Lage im Ruhrgebiet den forcierten Einsatz von Kernkraft- statt Kohlekraftwerken als umweltpolitische Maßnahme pries, und die Möglichkeiten der Aushebelung der Kohlevorrangpolitik durch die Großfeuerungsanlagenverordnung weisen wir energisch zurück. Stattdessen ist die GFAVO sofort auch für Altanlagen anzuwenden und in allen Kraftwerken mit schwefelhaltigen Brennstoffen sofort mit dem Bau von Entschwefelungsanlagen zu beginnen.

1985 sind vier Kraftwerke (öffentliche und industrielle Anteile) teilweise – mit einer Leistung von 1754 MW – mit Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgerüstet. Abzüglich nicht zu entsorgender Kraftwerke (z. B. Wasser...) ergibt sich ein zu entsorgendes Potential von ca. 11 000 MW. Dabei ist durch Auflagen zu gewährleisten, daß die relativ dezentrale Struktur der Kraftwerke erhalten bleibt.

Die Maßnahmen sind ebenfalls auf industrielle Großkraftwerke anzuwenden. Der NRW-Emissionsminderungsplan, der eine frühere und weitergehende Entgiftung der Kraftwerke in NRW vorsieht und dem die Kraftwerksbetreiber auf Drängen der Landesregierung NRW als »freiwillige Selbstverpflichtung« zugestimmt haben, geht somit in die richtige Richtung. (NRW-Lokaldienst aktuell v. 12. 11. 1984: Emissionsminderungsplan für Kraftwerke in NRW, Düsseldorf 1984) Problematisch ist jedoch die nichtvertragliche Fixierung sowie die Tatsache, daß die 8–15 Mrd. DM Umrüstkosten für die 71 Anlagen (der RWE, VEW, VEBA, STEAG, Elektromark und Gemeinschaftskraftwerke Weser), die etwa 80% des Stroms in NRW produzieren, über Preiserhöhungen hereingeholt werden sollen, was bei der derzeitigen Tarifstruktur vor allem die Kleinverbraucher trifft.

Tab. 17

Öffentliche Großkraftwerke (über 100 [96] MW) im Ruhrgebiet 1983

Anzahl	bis 200	201–300	301–500	501–600	601–700	1806	3458	Summe
	8	10	5	2	4	1	1	31
Gesamtnetto	1100	2500	2000	1200	2000	1800	3400	14 240
Leistung (ca.)	MW	MW	MW	MW	MW	MW	MW	MW

Quelle: JB für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie, eigene Berechnungen.

b) Wasser

Aufgrund der Sicherheitsinteressen des Bergbaus entstanden im RG schon früh private Vergesellschaftungsformen zur Wasserbewirtschaftung, die zu einer Arbeitsteilung der Flüsse Ruhr (südl.) und Lippe (nördl.) auf der einen Seite und der Emscher (Mitte) geführt haben. Die Emscher ist ein offenes Abwassersystem, daß lediglich an einigen Zuflüssen über kleinere mechanische Zwischenklärwerke verfügt. Das Wasser der Emscher selbst wird nur vor Einleitung in den Rhein im Emschermündungsklärwerk Dinslaken dreistufig geklärt.

Mit anderen Worten, die Abwässer der Stadt Dortmund z. B. und der anliegenden Industriebetriebe fließen zunächst ca. 70 km durch das ganze RG, vielfach durch Wohnsiedlungen und werden erst dann geklärt.

Die Probleme geschlossener Abwasserleitungen in Bergsenkungsgebieten lassen sich heute technisch lösen. Daher fordern wir den Bau eines solchen Systems (eventuell mit Zwischenklärstufen) und die Wiederherstellung der Emscher als Fluß (Renaturierung). Ein sofortiger Beginn wäre bei den Zuläufen möglich.

c) Boden

Im RG war das Bodenproblem bislang im wesentlichen auf die Frage des Landschaftsbildes (Abraumhalden, Kohlehalden, industrielle Brachflächen) und die ökonomisch/siedlungsstrukturellen Aspekte der Umwidmung von Brachflächen konzentriert. Erste Umweltskandale in Neubaugebieten in Dortmund (den neuen Eigenheimbesitzern traten beim Graben im Garten giftige Gase entgegen) lassen die bevorstehenden Altlastenprobleme nicht einmal annähernd erahnen.

Die vormalige Nutzung der vom Grundstücksfonds Ruhr gekauften Flächen dürfte ein Spiegelbild der Struktur der großen Brachflächen im RG sein. Insbesondere bei den ehemaligen Zechen/Kokereien und den Stahlbetrieben ist mit erheblichen Bodenverunreinigungen zu rechnen. Vor ihrer weiteren Nutzung müssen sie bis in eine Tiefe von mind. ca. 30 m untersucht und ggf. von ihren Altlasten gereinigt werden. Die Kosten dürfen nicht zu Lasten des Bodenfonds gehen, sondern sind von den Verursachern oder ihren Rechtsnachfolgern (z. B. der RAG) zu tragen.

Die Erfassung und Untersuchung ist auf weitere Brachflächen und auf noch bewirtschaftete Betriebe auszudehnen und ein Bodenentgiftungsplan Ruhrgebiet von der Landesregierung vorzulegen.

Weitere positive Auswirkungen im Umweltbereich sind durch Verkehrs- und energiepolitische Maßnahmen (Ausbau ÖPNV, Ersatz des

Tab. 18

Im Rahmen des Grundstücksfonds Ruhr erworbene Brachflächen nach früherer Nutzung und Eigentümer

Frühere Nutzung	Fläche (m ²)	% der Gesamtfläche	frühere Eigentümer
Zeche/Kokerei	2040613	60,6	RAG, Mannesmann, Fa. Seeland
Stahl	360046	10,7	Hoesch
Sonstige (Papierwerke, Kraftwerke u. a. m.)	375906	11,2	Linneborn, Harnischfeger, Becher, DAB, Esch-Werke, Wollenhaupt
weitere Zechen oder Stahlwerke	588481	17,5	RAG, Thyssen, DVG
	3365046	100,0	

Quelle: Eigene Berechnungen nach LaReg NW, Politik für das RG, Aktionsprogramm Ruhr-Zwischenbericht, Düsseldorf 1983.

Hausbrandes durch Fernwärme u. a. m.) zu erwarten und dringend notwendig.

Verkehr

Die immer wieder in den Landesentwicklungsberichten NRW von der Landesregierung betonte Notwendigkeit des ÖPNV in den Ballungsgebieten des Landes findet in der verkehrspolitischen Realität im RG keine volle Widerspiegelung. Als die Landesregierung im Landesentwicklungsbericht 1980 ihren vorerst letzten S-Bahn- und Stadtbahn-Bedarfsplan (LaReg NW, Landesentwicklungsbericht 1980, Düsseldorf 1981) vorlegte, war ein gut ausgebautes Autobahnrastrer im RG mit Nord/Süd-Abständen von 6 bis 10 km und Ost/West-Abständen von ca. 15 km bei einem ergänzenden, teilweise auch autobahnähnlichen Zubringersystem längst Realität.

Neben der zeitlichen Vorreiterrolle ist auch die Netzkonzeption des Individualverkehrs-Netzes für die polyzentrische Siedlungsstruktur des RG günstiger als die geplante radiale Ausrichtung des ÖPNV-Netzes. Hinzu kommt, daß das nördliche Ruhrgebiet schon in die Planung nur unzulänglich einbezogen wurde. Eine Realisierung dieser

Planungen verschiebt sich aus finanziellen Gründen zeitlich nach hinten. Diese Politik findet ihre Ergänzung in der Verkehrspolitik der einzelnen RG-Städte. Diese versuchen, den Interessen des Handelskapitals, speziell der Kaufhauskonzerne folgend, die Innenstädte für den Individualverkehr freizumachen und den ÖPNV auf wenigen Strecken als unterirdische Stadtbahn verkehren zu lassen. Da ca. 75–80% des Verkehrs innerstädtischer Verkehr ist (B. Greuter, 1977), könnte auf kommunaler Ebene durch gezielte Schwerpunktsetzung zugunsten des ÖPNV demonstrativ eine Richtungsänderung der Verkehrspolitik gefordert und unterstützt werden. Doch auch hier sieht die Realität anders aus: massenhafter Abbau von Straßenbahnstrecken, Bau von Prestige-Projekten, die die kleinräumige Erreichbarkeit stark verschlechtern, und konkurrierendes Investitionsverhalten.

Die ÖTV-Dortmund stellt in ihrem Haushaltseinspruch dazu fest: »Es ist insbesondere darauf zu achten, daß nicht konkurrierende Ausgaben getätigt werden, wie z. B. bei der gleichzeitigen Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt für den Individualverkehr durch den Bau einer Tiefgarage (zugleich ein Atombunker, d. V.) und den Bau der U-Bahn« (ÖTV, Jan. 1985). Verschärfend zu Ungunsten des ÖPNV kommt die Preisgestaltung des Tarifverbunds Rhein-Ruhr hinzu. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Nach der neuesten Tarifierhöhung im Januar 85 betragen die Fahrkosten für einen Besuch im Tierpark Dortmund für eine Familie mit zwei Kindern aus den Dortmunder Norden – in der Bahn gelöst – 18,- DM, haben sie vorgeplant, können sie auch für 14,40 DM ans Ziel gelangen, und beherrscht die Familie Feinheiten der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung, gar für 13,30 DM – immer noch ein stolzer Preis allein für die Fahrkosten von 5 km.

Auch die Nutzung des für innerstädtischen Kurzstreckenverkehr sinnvollsten Verkehrsmittels – des Fahrrads – stößt auf Schwierigkeiten: trotz günstiger Flächenreliefs gibt es kaum Fahrradwege im Ruhrgebiet, und die bestehenden Strecken führen i. d. R. an stark befahrenen Straßen entlang.

Nicht zuletzt auch aus Umweltgründen – die PKW-Benutzung verursacht bei gleichen Personentransportmengen gegenüber dem ÖPNV (Bus) 200 mal größere CO-Emissionen (SVU, Umweltgutachten 1978) – ist für das RG ein Großinvestitionsprogramm für den ÖPNV (Ausbau des S-Bahn-Netzes gemäß ursprünglicher Planung ergänzt durch bessere Tangentialverbindungen und besseren Nordausbau sowie Verbesserung der innerstädtischen Verbindungen) zu realisieren. Dies muß ergänzt werden durch den Bau getrennt geführter

Radwege und strikte Einschränkung des Individualverkehrs in den City-Bereichen, die geplanten Mittel für den Bau von Atombunker-Tiefgaragen sind für den ÖPNV zu nutzen. Die Preise für den ÖPNV sind mindestens so weit zu senken, daß sie günstiger liegen als die Autobenutzung. Das Beispiel Freiburg zeigt, daß allein über den Hebel einer akzeptablen Preisgestaltung – Einführung einer Öko-Karte für 38,- DM statt der bisherigen Monatskarte zu 51,- DM – relevante Fahrgastzuwächse (von Jan. '84: 2,67 Mio. auf Jan. '85: 4,09 Mio.) erzielt werden können. Günstige Preisangebote sind nicht nach Auslastungskriterien (der Tarifverbund Rhein-Ruhr bietet z. B. Sondertarife für Nutzung nach 9.00 Uhr morgens an), sondern nach sozialen Kriterien (freie/ermäßigte Fahrt für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Studenten) zu gewähren.

Im Bereich des gewerblichen Verkehrs sind verkehrspolitische Maßnahmen von der Bundesregierung, der Landesregierung und den Städten zu treffen, die vor allem den Massengüterverkehr wieder auf die Schiene zurückverlagern.

Da neben der höheren Flexibilität die Nutzung der Straße vor allem kostenmäßig günstiger für die Betriebe ist, sollten hier finanzielle Steuerungen gewählt werden. Die ÖTV-Dortmund fordert dazu: »Erhöhung der Gebühren: Bisherige Tabufelder kommunaler Finanzpolitik müssen zur Verbesserung der gemeindlichen Einnahmen bearbeitet werden. So sollten die Möglichkeiten nach § 4 Kommunal-Abgabengesetz NW hinsichtlich der übermäßigen Nutzung der öffentlichen Infrastruktur, da sie nicht durch die Gewerbesteuer abgedeckt wird, ausgeschöpft werden. § 4 Gebühren: Abs. 1 Die Gemeinden und Gemeindeverbände können Gebühren erheben. Abs. 2 Gebühren sind Geldleistungen, die als Gegenleistungen für eine besondere Leistung – Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit – der Verwaltung (Verwaltungsgebühren) oder für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen (Benutzungsgebühr) erhoben werden.« (ÖTV-Dortmund, a.a.O.)

5. Stellung der Ruhrgebietswirtschaft im Konzept einer alternativen Wirtschaftspolitik

Das von uns vorgestellte Programm beschränkt sich gemäß der Zielstellung auf Maßnahmekomplexe im Ruhrgebiet. Damit soll aber nicht der Eindruck erzeugt werden, als könne das RG seine Probleme aus eigener Kraft lösen. Abschließend sollen noch einige generelle Bemerkungen

kungen zur Stellung der Ruhrgebietswirtschaft im alternativen Entwicklungstyp des Memorandum gemacht werden.

Ein rein binnenwirtschaftlich – auf das Ruhrgebiet als Wirtschaftsraum – ausgerichtetes Konzept entspricht nicht seiner Bedeutung hinsichtlich der nationalen und internationalen Produktionsstrukturen vor allem im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich sowie im Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe (in Schwerpunktindustriezweigen liegt die Exportquote hier bei 40–70 %).

U. E. sind in die Einschätzung der Entwicklungsperspektiven des RG internationale Aspekte, d. h. vor allem die Perspektiven der Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit einzubeziehen. Dieser Aspekt der demokratischen Wirtschaftspolitik ist für das Ruhrgebiet von großer Bedeutung. Unter dem Vorzeichen einer gerechten und demokratischen Weltwirtschaftsordnung könnte das Produktionspotential des Ruhrgebiets mit zur Lösung globaler Probleme beitragen. Von einer solchen Politik würde der Maschinen- und Anlagenbau wichtige Impulse erhalten (Bergbaufördertechnik, Umweltschutzanlagen, Produktionsanlagen für die Energiewirtschaft u. ä.), denn die potentiellen Hauptabnehmer für derartige Anlagenkomplexe sind heute die Entwicklungsländer, während industrialisierte Staaten vorrangig Komponenten nachfragen.

Im folgenden soll versucht werden, an einigen Beispielen die strukturelle Wirkung wichtiger Alternativforderungen auf den RG-Arbeitsmarkt einzuschätzen: Wie ordnen sich die Arbeitsplätze zu? In welchen Branchen fallen sie an? Werden auch Arbeitsplätze für Frauen geschaffen?

Die Durchsetzung der Kohlevorrangpolitik als eines Kernelements alternativer Energiepolitik ist für das Ruhrgebiet, mit ca. 80 % der Steinkohleförderung der BRD, eine der wichtigsten Aufgaben im Rahmen alternativer Wirtschaftspolitik. Neben der Sicherung der Arbeitsplätze im Bergbau würde die Bergbaufördertechnik auf hohem Niveau weiterentwickelt werden können.

Starke Impulse für den Maschinen- und Anlagenbau im Ruhrgebiet werden von der Realisierung umwelt- und energiepolitischer Alternativen ausgehen. Umweltschutzinvestitionen der Industrie fallen zu über 90 % im Inland an und dort neben Hoch- und Tiefbauleistungen (18 %) vor allem im Maschinen- und Apparatebau (ca. 45 %), in der Elektrotechnischen Industrie (ca. 12 %) und als Engineeringaufträge (ca. 6 %) (Sprenger, 1979). Von einer Verschärfung der Umweltauflagen für die Industrie würde das Ruhrgebiet als Sitz und Produktionsstätte wichtiger Maschinen- und Anlagebaufirmen stark profitieren.

Für den Bau von Rauchgasentschwefelungsanlagen liegt eine Untersuchung (J. Schneider, a.a.O., S. 69ff) auf Basis einer Befragung von sechs der acht Anbieter und von Vertretern der Betreiberseite vor. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: »Mit Ausnahme von Gebläsen und Meß- und Regeltechnik können alle Spezialteile aus dem Ruhrgebiet geliefert werden. Es gibt jedoch kein Element, dessen Lieferung ausschließlich aus dem Ruhrgebiet erfolgen könnte.« Der Auftragsteil, der neben Bau- und Montageleistungen im Ruhrgebiet verbleiben könnte, wird auf ca. 80% geschätzt; lediglich im Raum Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart wären höhere Anteile zu erzielen.

Umweltschutzinvestitionen der öffentlichen Hand verbleiben ebenfalls zu ca. 90% im Inland und entfallen zu fast 80% auf Hoch- und Tiefbau. Obwohl das Ruhrgebiet Sitz wichtiger Unternehmen der Bauwirtschaft ist, ist nicht damit zu rechnen, daß über die Gelder aus dem Ruhrgebietsprogramm hinaus Aufträge wirksam werden, da es aus technischen Gründen nicht notwendig ist, für diese Maßnahmen spezialisierte Firmen zu beauftragen.

Energieanlagen

Aus der Umrüstung von Kraftwerken auf Wirbelschichtfeuerung und der Realisierung einer stärker regional ausgerichteten Versorgungsstruktur auf Basis kleiner Einheiten könnten sich für den Kraftwerksbau Aufträge ergeben.

Beschäftigungssichernde Wirkungen würden sich desweiteren über die Lieferung von Vormaterial, z. B. Röhren und anderen Stahlerzeugnissen, auch für die Stahlindustrie ergeben. Eine Modellrechnung mithilfe von Input-Output-Tabellen hat ergeben, daß das 1984 von der Memorandumgruppe aufgestellt 30 Mrd. DM Sofortprogramm für qualitatives Wachstum die Nachfrage nach ca. 13 000 Beschäftigtenjahren in der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik induzieren würde (Projekt F 10/84 – Montanstandort Saarland, Dortmund 1984).

Aus der Zuordnung der mit dem Beschäftigungsprogramm geschaffenen Arbeitsplätze wird deutlich, daß sich die Situation für Frauen auf dem RG-Arbeitsmarkt selbst durch die Realisierung des Programms in Kopplung mit Quotierung z. B. nicht automatisch verbessern wird. Ohne einer Reproduktion der gegebenen Rollenverteilung, wie sie in der Tabelle zum Ausdruck kommt, das Wort reden zu wollen, wird deutlich, daß sich kurz- und mittelfristig die Situation der Frauenerbeitsmöglichkeiten vor allem durch Ausdehnung des privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereichs wird verbessern können.

Um langfristig die Arbeitsmöglichkeiten von Frauen in montanstrukturierten Ballungsgebieten mindestens den in anderen Ballungs-

Tab. 19

Strukturanteil von Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen RG Juni 1983

Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	26,1 %
Energie, Bergbau	4,4 %
verarbeitendes Gewerbe	18,8 %
Baugewerbe	7,8 %
Handel	55,6 %
Verkehr, Nachrichten	22,9 %
Kredit, Versicherung	53,7 %
sonstige Dienstleistungen	64,9 %
Org. ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	70,4 %
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	50,6 %
Gesamt	33,4 %

Quelle: Statistisches JB 1984 der NW IHKs.

zentren anpassen zu können, sind nicht nur große Anstrengungen zur Schaffung von Frauenarbeitsplätzen notwendig, sondern aufgrund der weit verbreiteten Schichtarbeit überproportionale gesellschaftliche Aufwendungen für Familien- und Betreuungsdienste. Die Expansion des privaten Dienstleistungssektors hängt wesentlich von einer Steigerung der Massenkaufkraft der Bevölkerung ab.

Literaturverzeichnis

U. Bochum, Industriepolitik in NW, Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit, FU Berlin, FSAprint 2185, Berlin 1985

H. Bömer, Internationale Kapitalkonzentration und regionale Krisenentwicklung. Am Beispiel der Montanindustrie und der Montanregionen der Europäischen Gemeinschaft. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 5, Dortmund 1977

ders., Regionale Strukturkrisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie. Am Beispiel der Ruhrgebietskrise, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979

H. Bömer, Ohne Vergesellschaftung keine Krisenlösung. In: W. Gryczan u.a. (Hrsg.), Zukünfte für alte Industrieregionen. Raumentwicklungsstrategien in der Diskussion. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 38, Dortmund 1984

R. Brune, H. Hennies-Rautenberg, K. Lötbe, Wirtschaftsstrukturelle Bestandsaufnahme für das Ruhrgebiet – 1. Fortschreibung Essen 1978

Bundesanstalt für Arbeit, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1985

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 10/392

Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Informationen zur Raumentwicklung, Energie und Umwelt, Heft 7/8 1984

E. Dähne, Zu einigen methodischen Problemen sozialwissenschaftlicher Regionalforschung. Voruntersuchung C im Rahmen des RKW-Projekts »Arbeitswirtschaftliche Strukturprobleme der Produktivitätsentwicklung«, Marburg 1967

Deutscher Bundestag, Verwaltung, Perspektiven der Kohlepolitik für die 90er Jahre – Kurzer Abriss mit Hilfe von Energiepfaden – (Bearbeitung Dr. Grupp), Bonn 1983

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 44/1984

DGB Landesbezirk NRW, Stellungnahme zur Regierungserklärung von Ministerpräsident J. Rau vom 13.6.1984 über »Perspektiven der Technologie- und Forschungspolitik in NW«

H.-F. Eckey, Sektoraler Strukturwandel und seine Implikationen für die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets, in: KVR, 1983a

K. Eichler, Kulturentwicklungsplanung: Kulturpolitische Innovationen durch Planung. In: Mitteilungen des Informationskreises für Raumplanung 26, Dortmund, Sept. 1984

Einemann, Lübbing, Politische Alternativen in London – Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Bremen 1982

J. Eisebach, Gründer- und Technologiezentren – Sackgassen kommunaler Wirtschaftsförderung, PIW-Studien 1, Bremen 1985

D. Eißel, Kommunale Haushaltspolitik in den 80er Jahren. Überkonsolidierung statt Beschäftigungsimpulse, in: WSI-Mitteilungen 12/1984, S. 702–708

H. Estermann, Grundstücksfonds und Development Corporations, Diss., Dortmund 1984

U. Friedrich, D. Langer, Energiewirtschaftliche Alternativen für das Ruhrgebiet, Diplomarbeit, Dortmund 1985

J. Fricke, Inhalte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im städtebaulichen Bereich (Diplomarbeit), Dortmund 1985

J. Fricke, H. Gabriel, J. Schneider, H. Thyke, Theorie regionaler Krisen und regionaler Handlungsbedarf im Ruhrgebiet, Diplomarbeit, Dortmund 1984

H. Gabriel, Rolle und Perspektiven der Montanindustrie in alten Montanregionen, Diplomarbeit, Dortmund 1984

Gesamtverband des Steinkohlenbergbaus (Hrsg.), Steinkohle 1982/83, Essen 1984

K. Goldschmidt, Rauchgasentschwefelung in Öl- und Steinkohlekraftwerken, in: VIK-Mitteilungen, 4/5.83

- B. Greuter, Verkehrspolitische Konzepte im Ruhrgebiet, in: L. Schröter u.a. (Hrsg.), Aktuelle Probleme der Regionalentwicklung im Ruhrgebiet, Dortmund 1977
- W. Gryczan u.a. (Hrsg.), Zukünfte für alte Industrieregionen. Raumentwicklungsstrategien in der Diskussion. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 38, Dortmund 1984
- H. G. Helms, Auf dem Weg zum Schrottplatz. Zur Städtebaupolitik in den USA und in Canada, Köln 1984
- I. Herrmann, C. Martiny, Frauenerwerbstätigkeit im Strukturwandel des Ruhrgebiets (Beiträge zur Sozialforschung NF 1/1983), Bochum 1983
- Hoesch-Krupp-Ruhrstahl AG, (Hrsg. DKP-Dortmund), Dortmund 1982
- Hoesch-Werke AG, Geschäftsbericht 1983, Dortmund 1984
- J. Huffscheid, Die Wirtschaftskrise in der BRD: Tendenzen und Perspektiven. In: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt 1983
- P. Hurler, Regionale Arbeitslosigkeit in der BRD. Eine empirische Analyse ihrer Entwicklung, ihre Erscheinungsformen und ihre Ursachen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 84, Augsburg 1982
- IG Metall Bezirksleitung Hamburg in Zusammenarbeit mit GEWOS GmbH, Vorschläge für ein Beschäftigungsprogramm Küste, Hamburg 1984
- Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalen – Gemeinsame Statistische Stelle, Statistisches Jahrbuch der nordrhein-westfälischen IHS's, lfd. Jg.
- Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets, Wirtschaftspolitik für das Ruhrgebiet, Mühlheim 1982
- H. W. Jablonowski, J. Offermanns, Teilkrise ohne Ende, Gaiganz 1975
- Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie, lfd. Jg.
- R. Judäh, J. Peters, Die Krise der Stahlindustrie – Krise einer Region – Das Beispiel Saarland, Köln 1980
- P. Klemmer, Referat zur ARPUD-Tagung 1983, Dortmund 1983
- P. Klemmer, H. Schrumpf, Die Auswirkungen der Stahlpolitik auf die Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebiets (Gutachten im Auftrage des Kommunalverband Ruhrgebiet), Sprockhövel 1983
- G. Knödgen, Umweltschutz und industrielle Standortentwicklung, Frankfurt/New York 1982
- M. Köppel, Zur sektoralen Struktur der Ruhrwirtschaft – Konjunktur und Preiseinflüsse, Schlüsselsektoren und Standortfaktoren, in: KVR 1983a
- ders., Die Aktualisierung der Input-Output-Tabelle des RWI für das Ruhrgebiet, in: Mitteilungen des RWI 1984
- Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR)/Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS), Statistische Rundschau Ruhrgebiet, lfd. Jg.
- KVR, Städte- und Kreisstatistik Ruhrgebiet, lfd. Jg.
- ders. (Hrsg.), Strukturanalyse Ruhrgebiet, Essen 1982
- ders. (Hrsg.), Strukturanalyse Ruhrgebiet – Bilanz-Kritik-Perspektiven – Essen 1983a
- ders. (Hrsg.), Thesen zur Steinkohlenwirtschaft, Essen 1983b
- ders. (Hrsg.), Die Gemeindefinanzen im Ruhrgebiet, Essen 1983c
- Krause/Bossel/Müller-Reißmann, Energiewende, Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Kernenergie, Frankfurt 1980
- L. Krickau/J. Olbrich, Regionale Strukturpolitik mit Dienstleistungsbetrieben, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 25, Dortmund 1982
- H. D. Krupinski, Stadtentwicklung, Siedlungsstruktur und Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen, in: Der Städtetag 1/85
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS), Beiträge zur Statistik des Landes NW – Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in NW
- ders., Statistische Berichte, Bevölkerung und Erwerbsleben in NW, Ergebnisse des Mikrozensus, lfd. Jg.

ders. (Hrsg.), Daten zur Umwelt Nordrhein-Westfalen: 1975–1982; Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallaufkommen, Abfallbeseitigung, wassergefährdende Stoffe – Unfälle, Umweltschutzinvestitionen, Düsseldorf 1984

Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen, Jahresbericht 1983

Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Politik für das Ruhrgebiet – Leistungen des Landes, Dokumentation der Ruhrkonferenz am 8./9. Mai 1979 in Castrop-Rauxel, Das Aktionsprogramm, Düsseldorf 1979

ders., Landesentwicklungsbericht 1980, Düsseldorf 1981

ders., Landesentwicklungsbericht 1982, Düsseldorf 1981

ders., Politik für das Ruhrgebiet – Aktionsprogramm Ruhr, Zwischenbericht, Düsseldorf 1983

F. Landwehrmann, Europas Revier, Düsseldorf 1980

H. W. Lauffs, W. Zühlke, Politische Planung im Ruhrgebiet, Göttingen 1976

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen – Positionen und Perspektiven –, Düsseldorf 1984

M. Müller, K. Vater unter Mitarbeit von B. Hombach, Produktivkraft Solidarität. Wie die Krise des Reviers zu meistern ist, Bonn 1984

L. Niethammer, Nachindustrielle Urbanität im Revier?, in: Niethammer, Hombach, Fichter, Borsdorf, 1984

L. Niethammer, B. Hombach, T. Fichter, U. Borsdorf, »Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst« – Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, Berlin/Bonn 1984

M. Pohl, Wirtschaftsförderung in Großstädten, in: Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 1/2 1982

Projekt F 10/84, Montanstandort Saarland – Krisenursachen und Entwicklungstendenzen, Abschlußbericht (heterographiert), Universität Dortmund, Dortmund 1984

Projektgruppe Industriearbeit und Wohnen im Ruhrgebiet, Inner- und außerbetriebliche Lebensverhältnisse von Arbeitnehmern – Zusammengefaßte Ergebnisse und Schlußfolgerungen, Beilage des Endberichts eines Forschungsprojektes im Auftrag des BMFT, Dortmund 1983

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Zur volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus – Gutachten im Auftrag des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen 1984

Th. Rommelspacher, Staat, Montankapital und Ruhrgebiet. In: Katalyse Technikergruppe, Ruhrgebiet – Krise als Konzept, Bochum 1982

H. Schäfer, Pilotstudie zur Wachstumssituation NRW's – Eine Analyse des Produzierenden Gewerbes, Düsseldorf 1983

H. D. Schilling, Stand und Aussichten der Wirbelschichtführung, in: Kommunalwirtschaft 2/83

J. Schneider, Neue Techniken umweltfreundlicher Kohlefeuerung im Ruhrgebiet. Arbeitsplatzsicherung durch (Um)nutzung regionaler industrieller Strukturen? Darstellungen am Beispiel von Rauchgasreinigungsanlagen in Großkraftwerken, Diplomarbeit, Dortmund 1985

M. Schneiderei, H. Bömer, Arbeitnehmerorientierte Alternative für das Ruhrgebiet: Einzige Chance für diese Krisenregionen, in: Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft (Hrsg.), Regionale Krisen und Arbeitnehmerinteressen, Köln 1981

R. U. Sprenger unter Mitarbeit von G. Britschkat, Beschäftigungseffekte der Umweltpolitik, Berlin 1979

Stadt Dortmund, Beschäftigungspolitische Initiativen der Stadt Dortmund, Ratsvorlage, Dortmund 1984

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland
Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 1984
Statistisches Landesamt Hamburg, Statistisches Taschenbuch

A. Steiff, P. M. Weinspach, Probleme der Abwärmenutzung in Fernwärmesystemen im
R.G., in: KVR (Hrsg.): Rationelle Energieversorgung im Ruhrgebiet, 1981

P. Strutynski (Hrsg.), Arbeitnehmerinteressen – Regionalentwicklung – Strukturpolitik,
Möglichkeiten und Ergebnisse regionalpolitischer Kooperation von Gewerkschaftern und
Wissenschaftlern, in: Urbs et regio, Kasseler Schriften für Geographie und Planung, Heft
33, Kassel 1984

Umweltbundesamt (Hrsg.), Der Einfluß der Fahrgeschwindigkeit auf den Schadstoff-
ausstoß von Kraftfahrzeugen, Berlin 1984

Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), Fahrpreisangebote

VIK, Statistik der Energiewirtschaft 1983/84

J. Welsch, Durch »Technologieparks« zu mehr Arbeitsplätzen? – Ein neuer Ansatz der
Strukturpolitik aus gewerkschaftlicher Sicht, in: WSI-Mitteilungen 1/85

N. Welter, Nur der Absatz an die Kraftwerke ist langfristig gesichert. In: Westdeutsche
Allgemeine Zeitung, 26.10.1984